

Projekt Moderner Sozialismus

53 Thesen

Herausgegeben von:

Susi Möbbeck,
Bremen, Juso-Bundesvorsitzende

Fiete Saß, Köln,
Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Mittelrhein

Birgit Zoerner, Dortmund
Juso-Landesgeschäftsführerin NRW

April 1989

AutorInnen

Oliver Brosch, Wuppertal, geb. 1962, Student der Sozialwissenschaften, Juso-Bundeskommision Wirtschaft und Soziales

Florence Guesnet, Wuppertal, geb. 1964, Studentin der Wirtschaftswissenschaften, Juso-Bundeskommision Wirtschaft und Soziales

Ralf Krämer, Dortmund, geb. 1960, Diplom-Sozialwissenschaftler, Juso-Landesvorsitzender NRW

Uwe Kremer, Hannover, geb. 1956, Dr. rer. Pol., wissenschaftlicher Angestellter, stellv. Juso-Bundvorsitzender

Susi Möbbeck, Bremen, geb. 1964, Studentin der Politikwissenschaft, Juso-Bundvorsitzende

Joachim Schuster, Marburg, geb. 1962, Student der Politikwissenschaft, Juso-Bezirksvorstand Hessen-Nord

Carsten Sieling, Bremen, geb. 1959, Dipl.-Ökonom, Juso-Landesvorstand Bremen

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. Voraussetzungen	6
2. Analysen	9
2.1 Grundlagen.....	9
2.2 Welt im Umbruch.....	14
2.3 ökonomische Entwicklung.....	21
2.4 Veränderung von Arbeits- und Lebensweise.....	26
2.5 Entwicklung des politischen Systems der BRD.....	32
3. Ziele	37
3.1 Aufgaben und Herausforderungen.....	37
3.2 Reformprojekt für die 90er Jahre.....	42
3.3 Perspektiven des Sozialismus.....	53

Friedrich Engels:

„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“

Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist;

daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung

nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittels des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken.

Wie steht es nun hiernach mit dem modernen Sozialismus? (...) Die neuen Produktionskräfte sind der bürgerlichen Form ihrer Ausnutzung bereits über den Kopf gewachsen; und dieser Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsweise ist nicht ein in den Köpfen der Menschen entstandener Konflikt, wie etwa der der menschlichen Erbsünde mit der göttlichen Gerechtigkeit, sondern er besteht in den Tatsachen, objektiv. außer uns, unabhängig vom Wollen oder Laufen selbst derjenigen Menschen, die ihn herbeigeführt. Der moderne Sozialismus ist weiter nichts als der Gedankenreflex dieses tatsächlichen Konflikts. seine ideelle Rückspiegelung in den Köpfen zunächst der Klasse, die direkt unter ihm leidet, der Arbeiterklasse.

Einleitung

Die Linke befindet sich auf der Suche nach zukunftsorientierten Konzepten und Leitbildern — und nach einer theoretischen Basis für fortschrittliche Politik in den 90er Jahren und danach. Hier ist auch und gerade der Beitrag des Marxismus gefragt, um ein Projekt „Moderner Sozialismus“ theoretisch zu untermauern. Die folgenden Thesen sind ein Beitrag aus dem „Hannoveraner Kreis“ — einem marxistisch orientierten Zusammenschluß junger Sozialistinnen und Sozialisten in der SPD.

Um die Thesen richtig zu verstehen, muß man wissen, daß dieser Kreis nun schon seit über 15 Jahren existiert und seitdem beständig junge Marxistinnen und Marxisten hervorgebracht hat, von denen ein großer Teil dann nicht nur bei den Jusos, sondern auch in unserer Partei, in den Gewerkschaften, im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich Verantwortung übernommen hat. In dieser Perspektive war der „Hannoveraner Kreis“ von Anfang an der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft — SPW — kritisch-solidarisch verbunden.

Aus den Zusammenhängen von „Hannoveraner Kreis“ und SPW ist das bislang wohl wichtigste marxistische Dokument in der Sozialdemokratie „nach Godesberg“ entstanden: Die „Herforder Thesen — Zur Arbeit von Marxisten in der SPD“, die 1980 von den Jusos des Bezirks Ostwestfalen-Lippe herausgegeben worden sind. Unsere nachfolgenden Thesen sind nun aber nicht als „Herforder Thesen II“, als Nachfolge- oder Ablösungsdokument zu verstehen. Sie sind nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, Bausteine für eine marxistische Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie zusammenzutragen, mit deren Hilfe es vielleicht auch zu neuen „Herforder Thesen“ in den 90er Jahren kommen könnte. Jedenfalls bleibt es wichtig, die Thesen von 1980 zu studieren, im Lichte neuer Tendenzen und Erkenntnisse zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Die neuen Thesen von 1989 bestehen aus einem Projekt, das

- anhaltende globale und gesellschaftliche Umbrüche verstehen und einordnen will,
- bisherige theoretische Instrumente und Auffassungen in Erinnerung ruft und überprüft,
- Grundlagen für ein modernes sozialistisches Politikkonzept legt und
- damit auch kritische Lernprozesse unter jungen Sozialistinnen und Sozialisten in Gang setzt.

Lernen, theoretisch zu arbeiten und strategisch zu denken: Die Erstellung der Thesen war insoweit auch „Selbstzweck“, weil für viele unmittelbar und mittelbar Beteiligte eben ein solches Lernen damit verbunden war. In den Thesen ist gewissermaßen der Spitzen- und Zwischenstand dieses Lernprozesses festgehalten worden, aus dem die breite Herangehensweise, aber auch das bruchstückhafte unserer bisherigen Bemühungen spricht. Vor allem die große Unsicherheit mit alten und neuen Kategorien und Kategoriensystemen hat unsere Arbeit und zum Teil auch die Thesen geprägt. Sich daran abzuarbeiten ist allerdings allemal fruchtbringender als der leidige Etikettenstreit innerhalb der Linken, wo Analyseinstrumente nicht sachlich diskutiert, sondern als Reizvokabeln oder gar als Kampfbegriffe verwendet werden (Musterbeispiel: „Stamokap“!).

Schließlich sei noch angesprochen, daß es auch mit Meinungsverschiedenheiten unter uns zusammenhängt, wenn in den Thesen Unklarheiten oder gar Widersprüchlichkeiten auftauchen. Beispiele dafür: Die Einschätzung globaler Probleme, der ökonomischen und politischen Internationalisierung des Kapitalismus und der Eingriffs- und Bündnismöglichkeiten der fortschrittlichen Kräfte; die Analyse sozialdemokratischer Reformpolitik im Kapitalismus, die Definition des Reformismus und die Einschätzung des Verhältnisses von Reform und Revolution.

Nach einigen einleitenden Thesen wird der erste Hauptteil zur Analyse folgen, der mit grundsätzlichen Aussagen zur Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung und ihrer historischen Entwicklung beginnt, um sich dann der heutigen Umbruchperiode zuzuwenden. Dabei versuchen die Thesen, dem Aufbau der Gesellschaftsformation zu folgen — also von der Analyse der ökonomischen Grundprozesse, über die Klassenstruktur, die Arbeits- und Lebensweise zum ideologischen „Überbau“ und zum politischen System fortzuschreiten.

Der zweite Hauptteil zu den „Zielen“ befaßt sich zunächst mit der politischen Etappenbestimmung, um nach einer Darstellung der reformerischen Herausforderungen moderne sozialistische Positionen für eine demokratische Reformpolitik zu entwickeln. Die mehr ist als reiner „Tageskampf“, sich aber zweifellos innerhalb des bürgerlich-kapitalistischen Rahmens bewegt und innerhalb dieses Rahmens Grundlagen für einen entwickelten Sozialismus legt. Was darunter zu verstehen ist, wird im letzten Abschnitt des „Ziele“-Teils angesprochen.

Die vorliegenden Thesen sind ein Entwurf, der in den nächsten ein bis zwei Jahren breit diskutiert und weiter verbessert werden soll. Zu dieser Diskussion laden wir alle JungsozialistInnen und Jungsozialisten und die sozialistische Linke in der BRD ein.

I. Voraussetzungen

These 1: Realismus und Utopie

Angesichts der weltweiten Zuspitzung der Menschheitsfragen stellt sich die historische Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ am Ende des 20. Jahrhunderts in einer nie dagewesenen Schärfe. Um die globalen Probleme zu lösen, ist ein planvolles und solidarisches Umgehen mit den natürlichen Ressourcen und den menschlichen Fähigkeiten erforderlich. Die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft und des Patriarchats und der Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschafts- und Weltordnung bleiben daher die historischen Ziele unseres Kampfes, auch wenn wir wissen: Schon in den nächsten Jahren und unter den gegebenen Bedingungen müssen entscheidende Schritte gemacht werden, um die globalen und gesellschaftlichen Probleme einzudämmen und die Perspektive des Sozialismus offenzuhalten.

Realismus und Utopie bilden gerade heute eine widerspruchsvolle und spannungsgeladene Einheit. Utopisches Denken und der sozialistische Traum können uns Kraft geben, um die kommenden Kämpfe zu bestehen und unsere Ansprüche an ein befriedigendes, selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu mobilisieren. Gerade im heutigen Zeitalter der globalen Lebensbedrohungen und sozialen Umwälzungen spielt die Frage der Zukunft eine wachsende Rolle im Hegemonialkampf zwischen den Klassenkräften. „Utopisches Denken“ muß daher Bestandteil unserer sozialistischen Strategie werden. Grundbedingung ist aber, daß wir unsere Zukunftsvorstellungen wissenschaftlich und im Einklang mit den realen Entwicklungen begründen können und keine illusionären Maßstäbe entwickeln, mit denen wir die wirkliche Bewegung schulmeistern.

Entscheidend ist, daß mit der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht nur die Risiken und Gefahren zunehmen, sondern auch die Chancen, die Menschheitsprobleme zu lösen. Heute reifen die Grundlagen für eine entwickelte sozialistische Produktions-, Arbeits-, und Lebensweise heran. „Moderner Sozialismus“ — dies ist die reale Utopie einer Gesellschaft, die auf hohem materiell-technischem Niveau die kapitalistischen, aber auch die patriarchalischen und bürokratischen Fesseln der Produktivkraftentwicklung abstreift und zum ersten Mal individuelle Freiheit, gesellschaftliche Solidarität und internationale Völkerfreundschaft umfassend verwirklichen kann. Notwendig wird damit die Formulierung einer modernen sozialistischen Strategie, die die neuen Herausforderungen aufgreift und Orientierung für den Kampf um eine sozialistische Perspektive bietet.

These 2: Eingreifen in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse

Strategisches Handeln bedeutet bewußtes und zielorientiertes Eingreifen in die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Hierfür müssen die globalen, internationalen und nationalen Herausforderungen analysiert, die Etappen der sozialen Kämpfe bestimmt und die TrägerInnen gesellschaftlicher Veränderungen ins Blickfeld gerückt worden sein.

Entscheidende Größen für die Veränderung von Kräfteverhältnissen sind der Reifegrad und die Formierung der sozialen Bewegungen, die sich an ihrer Massenverankerung und sozialen Breite, an ihrer Organisiertheit und an ihrer gesamtgesellschaftlichen Stoßkraft ablesen lassen. Die Wirksamkeit einer Strategie erweist sich vor diesem Hintergrund im gesellschaftlichem Maßstab erst über mehrere Jahre hinweg. Sie setzt an den Knotenpunkten und Schaltstellen der sozialen Auseinandersetzungen an, wo die zur Verfügung stehenden Kräfte so eingesetzt, konzentriert oder verteilt werden, daß ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Erfolgen erzielt und eine Vergeudung fortschrittlicher Ressourcen und Chancen vermieden wird. Strategie bedeutet immer auch verantwortungsbewußtes Handeln angesichts eines mächtigen Gegners mit tiefgestaffelten Herrschafts- und Hegemonialstrukturen.

Strategisches Denken und Handeln von Sozialistinnen widerspricht daher dem „linken“ Provinzialismus und Pragmatismus, der sich angesichts fehlender unmittelbarer Erfolgchancen in kurzfristigen und lokal begrenzten Maßnahmen erschöpft und Felder der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung damit freiwillig räumt. Es richtet sich aber auch gegen den „linken“ Radikalismus und Fundamentalismus, der den gesellschaftlichen Machtverhältnissen durch aktionistisches oder propagandistisches Trommelfeuer und ideologische „Entlarvung“ beikommen will und daher Etappenschritte und Reformen als Abweichung von sozialistischen Perspektiven verdammt

Gerade heute ist die Linke gezwungen, den Abwehrkampf gegen globale Bedrohungen und die neokonservative Systemreform mit dem Hegemonialkampf um die Zukunftsperspektiven in den 90er Jahren und darüberhinaus zu verknüpfen, sowohl Verteidigungslinien zu ziehen und zu halten als auch Stützpunkte für einen künftigen Vormarsch zu bilden.

Hierbei werden die Grundlagen der sozialökonomischen, politischen und ideologischen Kräfteverhältnisse in der Klassenformierung gelegt — weshalb unser strategischer Grundgedanke darin besteht, alle politischen und ideologischen Kapazitäten im Kampf um die „Klassenlandschaft 2000“, im Kampf um die Herausbildung eines Fortschrittsblocks aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur zu konzentrieren.

These 3: Internationale Solidarität

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der BRD sind Bestandteil der internationalen Verhältnisse, die sich zwischen imperialistischen und antiimperialistischen Kräften entwickeln. Sozialistische Strategie bedeutet in diesem Zusammenhang, die Übereinstimmungen und die notwendigen Arbeitsteilungen zwischen den verschiedenen internationalen Fortschritt Kräften herauszuarbeiten und zu fördern. Dies ist aber nur möglich, wenn wir über alle politischen und geographischen Entfernungen hinweg die Verbindungslinien bewußt machen, die objektiv, also unabhängig von unseren Wunschvorstellungen, zwischen dem realen Sozialismus, den demokratischen und ArbeiterInnenbewegung in den kapitalistischen Ländern und den Befreiungsbewegungen bestehen. Auch hier ist nicht der unmittelbare, sogenannte praktische Erfolg das entscheidende, sondern die langfristige und übernationale Veränderung der politischen und ideologischen Beziehungen. Unsere Strategie geht damit deutlich über eine rein projektbezogene Solidaritätsarbeit hinaus und wendet sich zugleich gegen eine moralisierende-besserwisserische Herangehensweise an andere Teile des fortschrittlichen Lagers in der Welt.

Gerade unter den heutigen globalen Bedingungen wachsen die Anforderungen an unser strategisches Handeln, während die unmittelbaren Eingriffschancen dahinter zurückzufallen scheinen. Umso notwendiger ist es, die Frage der internationalen Kräfteverhältnisse in der Strategie einzubeziehen und die Etappen und Aufgaben der nationalen Kämpfe mit den Aufgaben und Etappen des internationalen Klassenkampfes abzustimmen. Mehr noch: es gilt, den Internationalismus heute als Rahmen für jede innergesellschaftliche Strategie zu verstehen und umzusetzen.

These 4: Gesellschaftliche Veränderung und persönliche Entwicklung

Strategisches Handeln von SozialistInnen heißt auch, gesellschaftliche und persönliche Veränderung zu verbinden, sich selbst zu entfalten und damit die sozialistische Bewegung dauerhaft zu stärken (und umgekehrt). Die Übereinstimmung von sozialistischen Zielen, politischem Einsatz, emanzipatorischen Werten und persönlichen Bedürfnissen läßt sich nicht spontan in den alltäglichen Konflikten herstellen. Sozialismus heißt: gesellschaftliche Kontrolle der Realität, um persönliche Realitätskontrolle für alle Menschen möglich zu machen — gegen Fremdbestimmung und Existenzangst. Dies läßt sich zu einem Teil schon heute vorwegnehmen, wenn wir unseren Kampf kollektiv, zielbewußt und planvoll angehen und die je eigene Lebensplanung damit abstimmen können, also auch für uns selbst eine tragfähige Orientierung erarbeiten.

Nichts anderes bedeutet aber „Strategie“: Sie ist auch ein Instrument zur persönlichen Orientierung und zur Entwicklung individueller Ansprüche. Sie dient dem Selbstbewußtsein der Organisation, aber auch dem Selbstbewußtsein der einzelnen GenossInnen und der Identifikation in und mit der Organisation. In einer Zeit neokonservativer Hegemonie und des gesellschaftlichen Abwehrkampfes ist dies umso wichtiger, weil bisherige politische Perspektiven verschwimmen, der Kampf um das eigene Glück gegenüber dem kollektiven Kampf in den Vordergrund rückt, und Frustration, Ängste und Fluchtversuche den Alltag vieler GenossInnen prägen.

Die ideologische Bedeutung sozialistischer Strategiebildung liegt daher insbesondere in ihrer solidaritätsstiftenden Funktion. Sie muß daher darauf zielen, wissenschaftliche Analyse, gesellschaftliche Politik und persönliche Orientierung zu verbinden, indem die Handlungsfähigkeit der Individuen und der Organisation entwickelt wird.

Mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus geht unsere Strategie von den objektiven Verhältnissen aus, sie zielt aber auf den subjektiven Faktor, die Mobilisierung unserer Fähigkeiten, unserer Kraft und unserer Ansprüche im historischen Prozeß und im aktuellen Klassenkampf.



2. Analysen

2.1 Grundlagen

These 5: Kapitalismus und gesellschaftliche Arbeit

Die bürgerliche Gesellschaftsformation umfaßt die Gesamtheit der ökonomischen, sozialen, kulturellen, politischen und ideologischen Verhältnisse der Bundesrepublik Deutschland und aller anderen Länder, die auf kapitalistischer Grundlage existieren. ökonomische Basis dieser Gesellschaftsformation ist die kapitalistische Produktionsweise, die sich aus den modernen Produktivkräften (menschliches Arbeitsvermögen und materielle Produktionsmittel — Wissenschaft und Technik) und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen (ökonomische Strukturen und Klassenverhältnisse) zusammensetzt. Diese Produktionsweise beruht zum einen darauf, daß Arbeit und Produktion immer mehr im gesellschaftlichen Zusammenhang organisiert und vorangetrieben werden, zum anderen auf dem kapitalistischen („privaten“) Eigentum an den Produktionsmitteln, das der Kapitalistenklasse die Ausbeutung der Arbeiterinnenklasse und die Aneignung der Produktionsergebnisse möglich macht. Dies wiederum führt zum kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der sich im Klassengegensatz und im Klassenkampf ausdrückt.

Von zentraler Bedeutung ist in der kapitalistischen Produktionsweise die Erwerbsarbeit/Lohnarbeit als Quelle des gesellschaftlichen Reichtums. Die Erwerbsarbeit entwickelt sich im Rahmen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und ist mittelbar über den Markt gesellschaftlich organisierte Arbeit. Hierüber werden — abgesehen von der Stellung zu den Produktionsmitteln — in ihren Grundzügen die Ansprüche auf den gesellschaftlichen Reichtum zwischen den Individuen, Gruppen und Klassen geregelt. Erwerbsarbeit im Kapitalismus ist grundsätzlich entfremdete Arbeit. Denn die Arbeitskraft wird zur Ware und damit dem Profitprinzip unterworfen: nicht die

menschlichen Bedürfnisse sind der Maßstab für die Tätigkeit der Menschen. Zudem findet der Einsatz der Arbeitskraft in einer naturwüchsigen gesellschaftlichen Arbeitsteilung statt, in der patriarchalische und Klassenverhältnisse immer wieder reproduziert werden.

These 6: Arbeitsteilung und Patriarchat

Die kapitalistische Produktionsweise ist deshalb für die bürgerliche Gesellschaftsformation bestimmend und charakteristisch, weil sie sich alle anderen Produktionsweisen und Formen der Arbeit (einfache Warenproduktion, Subsistenzwirtschaft, Haus- und Reproduktionsarbeit u.a.) angliedert oder dienstbar macht. Wesentlich ist die Verbindung zum Patriarchat, zur Jahrtausende alten Grundstruktur der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Frauenunterdrückung.

Mit der Herausbildung der Klassengesellschaft in Folge der Entstehung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entwickelte sich das Patriarchat auf Grundlage der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Das Patriarchat durchzieht alle Klassengesellschaften, seine konkrete Erscheinungsform wird jedoch in den verschiedenen Gesellschaftsformationen modifiziert. So hat auch die bürgerliche Gesellschaft das Patriarchat nicht nur übernommen, sondern modifiziert und sich dienstbar gemacht. Einerseits spielt das Patriarchat eine zentrale Rolle im System der Herrschaftssicherung der bürgerlichen Gesellschaft. Andererseits ist das Patriarchat ein eigenständiges Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis. Hierin liegt begründet, daß der Klassengegensatz zwar die konkrete Erscheinungsform des Patriarchats bestimmt, daß die Frauenunterdrückung in ihrem Wesen jedoch eigenständigen Charakter hat.

Die historische Entwicklung der Erwerbsarbeit beruht darauf, daß Haus-, Erziehungs- und andere Arten unentgeltlicher, gesellschaftlich notwendiger Reproduktionsarbeit dem weiblichen Geschlecht zugeordnet und die privaten Reproduktionsbeziehungen (einschließlich der Welt der Gefühle, der Liebe und Sexualität) einem patriarchalischen Gewaltverhältnis unterworfen sind. Dabei besteht zwischen der Erwerbs- und Reproduktionsarbeit ein enges Wechselverhältnis:

Einerseits entlastet die familiäre bzw. ehrenamtliche Frauenarbeit den kapitalistischen Erwerbssektor von gesellschaftlich notwendigen, aber arbeitsintensiven und teuren Dienstleistungen. Sie verwandelt die Frauen in eine flexibel verfügbare Reserve für das Kapital, aber auch für soziokulturelle und karitative Dienste in öffentlicher und verbandsmäßiger Regie. Gleichzeitig macht sie auch den lohnabhängigen Männern das Lebensschicksal erheblich leichter.

Andererseits wird im Erwerbssektor durch die dort geregelte Einkommensverteilung vorentschieden, in welchem Ausmaß und welche Art von Reproduktionsarbeit individuell geleistet werden muß bzw. in welchem Maß gesellschaftlich produzierte Dienstleistungen in Anspruch genommen werden können.

Dieses Verhältnis zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit führt zur doppelten Unterdrückung der Frauen, die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristisch ist.

These 7: Produktivkräfte im Kapitalismus

Im Gegensatz zu vorkapitalistischen Produktionsweisen unterliegt das Produktivkraftsystem — der Gesamtkomplex der Mittel, Methoden und Instrumente und des gesamten Wissens, mit dem der Mensch auf die Natur einwirkt — im Kapitalismus einer beständigen Veränderung. Hierbei werden mit der Veränderung der technischen Grundlage der Produktion zugleich die Arbeitsweise und Arbeitsteilung beständig umgewälzt. Die Kontinuität dieses Prozesses schließt jedoch keinesfalls eine lineare Entwicklung der Produktivkräfte ein. Im Gegenteil, es können qualitative Sprünge konstatiert werden, die jeweils eine Umwälzung der gesamten Arbeits-, Lebens- und Produktionsweise zur Folge haben.

Die Produktivkräfte entwickeln sich innerhalb konkreter Produktionsverhältnisse, die die Organisationsform der Produktivkräfte darstellen. Im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist die Entwicklung der Produktivkräfte daher Resultat von Klassenauseinandersetzungen, in denen entschieden wird, wie die gesamte Produktion und Reproduktion der Gesellschaft organisiert wird. Aufgrund der vorherrschenden Kräfteverhältnisse kommt dem Profitmotiv bei der Ausgestaltung des Produktivkraftsystems im Kapitalismus zentrale Bedeutung zu.

Die Entwicklung des Produktivkraftsystems ist also einerseits ein Prozeß der Natureinwirkung, andererseits ein gesellschaftlicher bzw. Klassenprozeß. Gesellschaftliche Hauptproduktivkraft ist der Mensch. Mit seinen geistigen und körperlichen Potenzen stellt er die Arbeitsmittel (z.B. Werkzeuge, Maschinen) her und setzt sie ein, um auf die Arbeitsgegenstände (z.B. Rohstoffe) einzuwirken und somit den Stoffwechselprozeß mit der Natur seinen Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Das Produktivkraftsystem (menschliche Arbeitskraft, Arbeitsmittel und -gegenstände) und die Gestaltung von Produktionsprozeß und Produkten werden im Kapitalismus durch die Profitlogik geprägt. Natur und Ressourcen werden als freie, kostenlose Güter betrachtet, deren Reproduktion vom einzelnen Kapital nicht erbracht werden muß. Auf diese Weise sind Produktivkraftstrukturen entstanden, die massenhafte Vergeudung und Verelendung in den gebrauchswertmäßigen Beziehungen zwischen Mensch und Natur erzeugen. Radioaktive Verseuchung, Ozonloch, Waldsterben, Vergiftung von Luft und Wasser u.a. sind die Folgen. Die hochentwickelten kapitalistischen Länder bestimmen noch weitgehend das Tempo und die Richtung der industriell-technologischen Produktivkraftentwicklung und behindern so die Durchsetzung eines neuen, umwelt- und sozialverträglichen Produktivkrafttyps.

These 8: Kapitalistische Krisen und Regulierung

Die Produktion und Aneignung von Mehrwert sowie seine Verwandlung in Profit ist die Triebkraft für das Handeln der Einzelkapitale im Kapitalismus. Die Konkurrenz zwingt die Einzelkapitale, den Profit beständig zur Wiederverwertung zu reinvestieren, dementsprechend die Produktion zu erweitern und immer mehr Kapital anzuhäufen (Akkumulation). Die Konkurrenz zwingt die Einzelkapitale in diesem Prozeß ebenso dazu, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln und im Kampf um Extraprofite Produktivitätsvorteile zu erzielen, in dem der Einsatz des konstanten bzw. fixen Kapitals (i.w. Maschinerie) im Verhältnis zur lebendigen Arbeit gesteigert wird. Diese Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Konkurrenz und Akkumulation führen dazu, daß das Kapital beständig die eigenen Verwertungsgrundlagen gefährdet oder sogar zerstört.

Die Verwertung des Gesamtkapitals gerät immer wieder in Schwierigkeiten: Zum einen wird der Anteil der wertschaffenden Basis — der Arbeitskraft — eingeschränkt, was die Wiederverwertungsmöglichkeiten des konstanten Kapitals und die Entwicklung der Profitrate begrenzt. Zum anderen gerät diese Ausdehnung der Kapital- und Wertmassen in Widerspruch zu den begrenzten Absatzmöglichkeiten, insbesondere der konsumtiven Endnachfrage, die durch die kapitalistischen Einkommensverhältnisse begrenzt wird. Beides führt zu zyklischen Krisen, zur periodischen Entwertung von überakkumuliertem Kapital, wodurch die Grundlagen für eine neue Akkumulationsrunde gelegt werden.

Die Gefährdung der eigenen Verwertungsbedingungen umfaßt aber auch die stofflichen Bedingungen der kapitalistischen Akkumulation: Im Konkurrenzkampf um maximale Profite legt das Kapital ständig menschliches Arbeitsvermögen brach (durch Arbeitslosigkeit, Entqualifizierung, psychische und physische Zerstörung u.a.) oder behindert seine schöpferische, dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte angemessene Weiterentwicklung. Weiterhin kommt es zur Ausplünderung und Zerstörung der natürlichen Grundlagen und Ressourcen von Wirtschaft und Gesellschaft und damit auch zu einer längerfristigen Deformierung der Produktivkraftentwicklung. Soziale und ökologische Krisen sind daher ständige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Akkumulation.

Die spontan wirkenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie rufen daher den Zwang zur Regulierung hervor: Regulierung der ökonomisch-wertmäßigen Proportionen (konstantes Kapital, Löhne, Profite, Profitraten usw.). Regulierung der stofflichen Seite bzw. der Produktivkraftentwicklung (Entwicklung des Arbeitsvermögens, der natürlichen Ressourcen, der Qualität von Produktion und Konsum) und Regulierung der sozialen Beziehungen (Klassenverhältnisse, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung usw.), um die Wirkung der systembedingten Widersprüche einzudämmen und zu modifizieren.

These 9: Überbau und Hegemonie

Über der ökonomischen Basis aus kapitalistischer Produktionsweise, patriarchalischer Arbeitsteilung und Klassenverhältnissen erhebt sich der soziokulturelle, politisch-rechtliche und ideologische Überbau als komplexes Gebilde aus Anschauungen, Lebensweisen und Institutionen, das in zwei große Bereiche zerfällt: Der bürgerliche Staat entwickelt sich als politisches Zentrum der Gesellschaft, das unter Einsatz rechtlicher, administrativer, finanzieller und ideologischer Mittel für die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems (und damit auch für die Herrschaft des Kapitals) Sorge trägt und als "ideeller Gesamtkapitalist" (F.Engels) handelt. Mit den Staatsapparaten wirkt der Staat auch auf den soziokulturellen bzw. zivilen Bereich des Überbaus ein. Hier entwickelt sich auf der Grundlage der Klassenverhältnisse und der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung der Lebensalltag der Menschen in einem Geflecht aus Institutionen (Vereine, Familie, Kirche, Medien, Schule, Stammtisch...) und Lebensweisen (Stile, Hobbys, Kontakte...).

Das bürgerlich-kapitalistische System wird also nicht nur durch die ökonomischen Mechanismen, den Staat, das Recht sowie administrative und repressive Einrichtungen zusammengehalten, sondern auch durch die politisch-ideologische Einbindung der Bevölkerung bzw. der lohnabhängigen Massen.

Gerade in der bürgerlichen Demokratie werden Kapitalherrschaft und Staatsgewalt umgeben und getragen von der massenhaften Zustimmung in der Bevölkerung. Wir sprechen hier von der bürgerlichen Hegemonie, die in gewissen Grenzen einen eigenständigen Charakter neben anderen Formen der Sicherung der Kapitalherrschaft hat.

Die materielle Grundlage der bürgerlichen Hegemonie liegt im Fetischcharakter der Ware. Die Ware als Grundelement der kapitalistischen Produktionsweise verschleiert die in ihr angelegten gesellschaftlichen Herrschaftsbeziehungen, indem sich die Mitglieder der gesellschaftlichen Klassen scheinbar als gleichberechtigte Warenbesitzer gegenüber treten. So entsteht die Illusion der Gleichheit der Individuen im Kapitalismus.

Die Hegemonie wird durch staatliche (insbesondere Schule) und kommerzielle (insbesondere Medien) Beeinflussung erzielt. Sie ist erfolgreich, wenn sie im Lebensalltag bzw. im Alltagsbewußtsein der Menschen (soziokultureller bzw. ziviler Bereich) auf fruchtbaren Boden fällt, weil sie vorhandene Vorurteile und Illusionen bestärkt, Hoffnungen und Wünsche einbindet, private, religiöse, ethnische und andere Momente gegen Klasseninteressen ausspielt und vor allem die Neigung zum alltäglichen Arrangement mit den herrschenden Verhältnissen fördert. Die bürgerliche Hegemonie stützt sich auch auf patriarchalische Lebensverhältnisse, auf die Familie und auf eine Zuweisung von geschlechtsspezifischen Rollen.

Wie nun mit Hilfe der Hegemonie bestimmte Regulierungsformen zustimmungsfähig gemacht werden, so stabilisiert ein funktionsfähiges Regulierungssystem wiederum die bürgerliche Hegemonie. Kann die Krise des Regulierungssystems über die bürgerliche Hegemonie nicht mehr abgefangen werden, bzw. besteht keine Übereinstimmung von Regulierung und hegemonialem System, so kommt es zu einer Krise des gesamten Herrschaftssystems, in der die repressiven Apparate stärker eingesetzt werden, also sein Gewaltcharakter deutlicher hervortritt.

These 10: Bedingungen der Klassenformierung

Klassenauseinandersetzungen bestimmen die gesellschaftliche Entwicklung und prägen die konkreten Regulierungs- und Hegemonieformen. Indem sich Ökonomie und gesellschaftlicher Überbau verändern, haben sie umgekehrt Konsequenzen für die Klassenformierung, d.h. für die soziale Zuordnung der Menschen in diesen Auseinandersetzungen. Objektive Grundlage der Klassenformierung ist die Stellung der Individuen und Gruppen zu den Produktionsmitteln der Gesellschaft, die Existenz von Arbeiterinnenklasse, Kapitalistenklasse, von selbstständigen und lohnabhängigen Mittelschichten und von Differenzierungen innerhalb der Klassen. Insoweit gehen auch geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen innerhalb der Erwerbsarbeit und im Verhältnis von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit in die Klassenstruktur ein.

Die subjektive Seite der Klassenformierung wird durch Arbeitsbedingungen und Einkommensverhältnisse, durch Sozialisation und sozialkulturelle Umstände, also auch durch geschlechtsspezifische, ethnische, regionale und andere Faktoren der Arbeits- und Lebensweise bestimmt. Die subjektive Einordnung von Individuen und Gruppen ist ein politischer, kultureller und vor allem ideologischer Vorgang:

Werden auf der einen Seite die Klassengegensätze vielfach verschleiert, überlagert und hegemonial „kleingearbeitet“, so rufen sie auf der anderen Seite die Arbeiterinnenbewegung mit ihren Gewerkschaften, Parteien und kulturellen Vereinigungen hervor, die mit ihren organisierenden und bewußtseinsbildenden Funktionen die zentrale Rolle in der Formierung der unterdrückten Klassen und Schichten spielt. Hier liegt auch der wesentliche Ansatz- und Bezugspunkt für eine emanzipatorische und sozialistische Politik:

Eine klassenorientierte Konzeption beschränkt sich keineswegs auf die „objektive Klassenlage“ der Menschen und entsprechende „objektive Interessen“, sondern umfaßt alle Momente der Klassenentwicklung (also auch diejenigen, die nicht der objektiven Klassenlage entspringen und in die Vielfalt der Arbeits- und Lebensweise und der sozialkulturellen Strukturen eingehen).

Je mehr dieser Anspruch eingelöst werden kann, desto hegemonialer wirkt diese Konzeption — desto hegemonialer wird die Arbeiterinnenbewegung insgesamt, weil sie als Klassenbewegung die Gesellschaft, ihren Reichtum und ihre Vielfalt gegenüber der Kapitalherrschaft vertritt.

2.2 Welt im Umbruch

These 11: Stufen kapitalistischer Regulierung

In der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geraten die Produktionsverhältnisse immer wieder in Widerspruch zur Dynamik der Produktivkräfte, die auf eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse drängt. Gleichzeitig werden dadurch überkommene Strukturen des Überbaus und der Hegemonie in Frage gestellt. In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaftsformation hat dies immer wieder zu großen Krisen und Umbrüchen geführt, an deren Ende neue Regulierungs- und Hegemoniestrukturen entstanden sind: Anpassung innerhalb des Systems als Alternative zu seiner revolutionären Überwindung.

Die Entwicklung der kapitalistischen Regulierung ist daher zentraler Bestandteil der Geschichte des Kapitals. Konkurrenz und Akkumulation gehen einher mit der Herausbildung immer größerer und mächtigerer Einzelkapitale. Es kommt schließlich zur Herausbildung von Monopolen, die die ökonomische Gesamtentwicklung zunehmend bestimmen und zu ihren Gunsten beeinflussen und modifizieren können (privatmonopolistische Regulierung). Der Übergang zum Monopolkapitalismus Ende des 19. Jahrhunderts ist verbunden mit einem weltweiten Expansionsdrang der Monopole und monopolistisch geprägter Nationalstaaten, d.h. mit der Herausbildung des Imperialismus.

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist der Monopolkapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus herangereift. Kennzeichen ist die umfassende Einbeziehung des Staates in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß und eine intensive Verflechtung von Staat und Monopolen. Mit der umfangreichen Einbeziehung des Staates in den Regulierungsmechanismus wird die privatmonopolistische Regulierung erweitert. Die Regulierung im Rahmen der Monopolbildung und ihre Weiterentwicklung zur staatsmonopolistischen Regulierung sind Ausdruck der wachsenden Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion. Sie sind der Versuch, den Grundwiderspruch des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus zu bewältigen. Aufgrund der fortwirkenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie und der Widersprüche zwischen einzelkapitalistischen, monopolistischen und gesamtwirtschaftlichen Interessen ist dieser Versuch nur periodisch erfolgreich, führt aber andererseits dazu, daß die Regulierung zum Konfliktgegenstand der Klassenauseinandersetzungen geworden ist.

These 12: Fordismus und wissenschaftlich-technische Revolution

Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus waren umfangreiche Veränderungen in der ökonomischen und sozialen Reproduktion und ihren technologischen Grundlagen verbunden: Der „Fordismus“ (Massenproduktion und Massenkonsum) wurde zum bestimmenden Faktor der kapitalistischen Industrialisierung — allerdings in Ergänzung und in Konkurrenz zur Militarisierung großer Bereiche der Volkswirtschaften. Dieser Reproduktionstyp ermöglichte in vielen kapitalistischen Ländern den wohlfahrtsstaatlichen Vormarsch der Arbeiterinnenbewegung, weil der Fordismus die ökonomische Bedeutung der lohnabhängigen Massen auf den Märkten stärkte und eine soziale Regulierung der Lohnverhältnisse und der sozialen Sicherung geradezu begünstigte. Außerdem entwickelten sich die materiellen Spielräume für entsprechende Klassenkompromisse durchaus günstig. Aber die Kehrseite bestand in der imperialistischen Ausplünderung der unterentwickelten Länder, in der massiven militärischen Aufrüstung und in den ökologischen Folgewirkungen der fortschreitenden Industrialisierung.

Im Rahmen dieses janusköpfigen Reproduktionstyps setzte Mitte dieses Jahrhunderts die wissenschaftlich-technische Revolution ein: die qualitative Umwälzung der materiell-technischen Basis der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise unter immer stärkerer Einbeziehung der Wissenschaft als Schlüsselfaktor der Produktivkraftentwicklung. Der damit verbundene Reifeprozess von Wissenschaft und

Technik schlägt sich erstens in hochkomplexen und zum Teil hochriskanten Techniken für stofflich-energetische Umwandlungsprozesse (z.B. im Rüstungs-, im Energie- und im Chemiesektor) nieder. Zweitens vollzieht sich der Übergang von der elektromechanisch geprägten zur mikroelektronisch gestützten Automatisierung der Produktion, die mit dem umfassenden Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien verknüpft wird. Dies ist zum dritten mit einer zunehmenden Gesellschaftlichkeit von Produktion und Reproduktion verbunden, also auch mit neuen Anforderungen an das Regulierungssystem.

Die Dynamik des überkommenen Reproduktionstyps (Fordismus plus Militarisierung) ist in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich reduziert oder sogar ins Gegenteil verkehrt worden, während mit der wissenschaftlich-technischen Revolution die Grundlagen für einen neuen Reproduktionstyp heranreifen. Dabei werden die Widersprüche des alten Industrialismus offenbar noch zugespitzt — sowohl hinsichtlich der Gefahrenpotentiale als auch der zivilisatorischen Möglichkeiten. Ebenso offenkundig ist, daß die bisherigen Regulierungsstrukturen durch diese Entwicklungen völlig überfordert werden, sich der moderne Kapitalismus also erneut in einer schwerwiegenden Regulierungskrise befindet.

These 13: Globale Probleme und Imperialismus

Die Regulierungskrise des modernen Kapitalismus findet ihre Zuspitzung in den globalen Problemen. Darunter sind solche Probleme zu verstehen, deren Aktivierung oder Fortschreibung die Vernichtung der gesamten Menschheit zur Folge haben würde. Die globalen Probleme bedrohen die Menschheit als Ganzes, unabhängig von Staaten-, Klassen- oder Geschlechtszugehörigkeit. Die globalen Probleme können in drei Bereiche gegliedert werden: erstens das Problem der Friedenssicherung bzw. der atomaren Bedrohung, zweitens das Problem der Unterentwicklung des größten Teils der Erdbevölkerung und drittens das Energie-, Ressourcen- und Umweltproblem.

Zwischen diesen einzelnen Bereichen haben sich zahlreiche Interdependenzen herausgebildet, so daß von einem einheitlichen Bedrohungskomplex ausgegangen werden muß. Die einzelnen Bereiche der globalen Probleme bedingen und verstärken sich gegenseitig. Die Problemfelder der globalen Fragen sind keineswegs neu, sondern finden sich in der gesamten Menschheitsgeschichte als Klassenprobleme. Neu ist jedoch ihre Bedrohungsdimension. Während früher diese Probleme nur einen Teil der Menschheit oder einzelne Klassen betrafen, ist heute die gesamte Gattung bedroht. Neu ist damit auch die Herausforderung an die Menschheit, ihre zukünftige Entwicklung umfassend planvoll zu gestalten.

Die Ursachen der globalen Probleme wurzeln in der Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Erstens hat der erreichte Stand der Produktivkraftentwicklung — bei einer Zuspitzung durch die WTR — die gegenwärtigen Möglichkeiten der atomaren Bedrohung, der militärischen Aufrüstung, der ökologischen Zerstörung und globalen Ressourcenplünderung, der Ausbreitung riskanter Technologien und des weiteren Auseinanderklaffens sozialer Entwicklungsperspektiven geschaffen. Gleichzeitig stellt die WTR die Möglichkeiten zur Verfügung, die globalen Probleme zu bewältigen und die Gattungsfragen zu lösen. Doch beruhen die globalen Probleme nicht nur auf inneren Widersprüchen der WTR, die sich auch in sozialistischen Ländern mühelos aufspüren lassen (zurückbleibender Wissensstand, überkommene Denkweisen, falsche Prioritätensetzung usw.), sondern auch auf dem Imperialismus und der weltweiten Vorherrschaft von Kapitalinteressen: Die globale Entwicklung und Durchsetzung der WTR wird in erster Linie von der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, von der imperialistischen Aufrüstung und Militarisierung und von den ökonomischen Interessen und Konflikten auf dem kapitalistischen Weltmarkt bestimmt. Der Imperialismus und die WTR sind also ursächliche Bestandteile des globalen Problemkomplexes und bestimmen dessen Doppelcharakter als Klassen- und Gattungsfrage.

These 14: Wandel der internationalen Beziehungen

Die globalen Probleme haben sich seit dem Ende des 2. Weltkrieges in einer Periode herausgebildet, in der die weltweite Entwicklung von einem bipolaren System geprägt war, welches durch den Systemgegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus und der Dominanz der jeweiligen Hauptmächte USA und UdSSR gekennzeichnet war. Zwar konnten die meisten Staaten der sogenannten 3. Welt in dieser Zeit ihre formale Unabhängigkeit erlangen, gerieten jedoch zumeist in neue, neokolonialistische Ausbeutungsverhältnisse zu den imperialistischen Staaten oder lehnten sich (freiwillig oder durch die Umstände gezwungen) an die UdSSR an.

Das bipolare Weltsystem ist jedoch aufgrund folgender Entwicklungen zunehmend in Auflösung begriffen:

- Mit Japan und Westeuropa entwickelten sich ernsthafte Konkurrenten zu der bislang unangefochtenen Hegemonialmacht USA. Damit hat sich das innerimperialistische Kräfteverhältnis drastisch zuungunsten der USA verschoben und die innerimperialistische Konkurrenz verschärft. Einhergehend mit diesen Veränderungen verschärfen sich die ökonomischen Krisentendenzen in den imperialistischen Zentren, die schließlich den gesamten Weltmarkt erfaßten und insbesondere die Staaten der sogenannten 3. Welt in Mitleidenschaft zogen.
- Die Unabhängigkeitsbestrebungen *der* Entwicklungsländer wachsen. Gleichzeitig werden jedoch ihre Handlungsspielräume durch die weltwirtschaftlichen Krisentendenzen, insbesondere durch die Verschuldungskrise, drastisch eingeschränkt und ihre Entwicklungsmöglichkeiten blockiert.
- Innerhalb der sozialistischen Staaten vollzieht sich aufgrund wirtschaftlicher Stagnationserscheinungen, innerer Widersprüche des Sozialismus sowie neuer Anforderungen durch die WTR ein tiefgreifender Wandel.

Durch diese Veränderungen, verbunden mit der Zuspitzung der globalen Probleme ist schließlich das gesamte System der internationalen Beziehungen in eine Krise geraten.

Diese Situation wird durch zwei Faktoren verschärft: Zum einen reagieren die USA zur Erhaltung ihrer Hegemonialstellung mit einer zunehmenden politischen und militärischen Aggressivität, bis hin zur Gefahr weltweiter militärischer Konfrontation. Zum anderen behindern die weltwirtschaftlichen Krisentendenzen eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Nationalstaaten.

Demgegenüber ist in den sozialistischen Ländern eine Umorientierung in der Außenpolitik erkennbar, um den Anforderungen zur Lösung der globalen Probleme gerecht zu werden. Ebenso haben sich auch in den herrschenden Kreisen in den imperialistischen Staaten Kräfte entwickelt, die verstärkt auf eine Politik der internationalen Zusammenarbeit setzen, um die globale Problemlage zu entschärfen.

Insgesamt fließen also in der derzeitigen internationalen Situation die globalen Gefahren, die ökonomischen Krisentendenzen, die verschärfte innerimperialistische Konkurrenz, der Wandel in den sozialistischen Ländern und der verschärfte Überlebenskampf der Entwicklungsländer zusammen und schaffen eine Lage, die nur durch neue Formen nationaler und internationaler Regulierung bewältigt werden kann.

These 15: Formierung der Weltlinken

Subjektiver Faktor im Kampf um neue Formen nationaler und internationaler Regulierung ist eine heute noch heterogene Weltlinke, in der drei Hauptströmungen unterschieden werden können:

- Die sozialistischen Staaten haben bereits vor der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution sozialistische Produktionsverhältnisse geschaffen und bringen aktuell ihre historischen Erfahrungen und ihr politisches und ökonomisches Potential in den Kampf um eine Veränderung der globalen Kräfteverhältnisse ein.
- Die Befreiungsbewegungen und die meisten der jungen Nationalstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bilden die bedeutendste antiimperialistische Kraft und sind zugleich die politische Vertretung der von den globalen Problemen am stärksten betroffenen Völker. Ihr Einfluß wächst insbesondere in den internationalen Organisationen.
- In den kapitalistischen Metropolen bilden Arbeiterinnenbewegung und andere demokratische und soziale Bewegungen zwei Abteilungen eines politisch und kulturell zu formierenden Fortschrittsblocks.

Diese drei Hauptströmungen der Weltlinken haben sich bisher in starkem Maße „für sich“ entwickelt, insbesondere aufgrund der Spaltung der internationalen Arbeiterinnenbewegung und der Überlagerung des Nord-Süd-Konflikts durch die Systemauseinandersetzung.

In den letzten Jahren haben sich jedoch die Interdependenzen und direkte Kooperationsformen der drei Strömungen erheblich verstärkt. Die erste Phase der Entspannungspolitik schuf die Voraussetzung für eine neue Qualität *der* Beziehungen von fortschrittlichen Bewegungen und Parteien, insbesondere der Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen, die nun in wachsendem Ausmaß auch realisiert werden. Weitere Fortschritte im Befreiungskampf erhöhten das politische Gewicht der Befreiungsbewegungen und der von kolonialer und imperialistischer Ausbeutung befreiten Staaten und stärkten die weltweite antiimperialistisch-internationalistische Zusammenarbeit. Schließlich zwingt die Zuspitzung der globalen Krisenprozesse auch die fortschrittlichen Kräfte selbst zu mehr Zusammenarbeit und zur Entwicklung gemeinsamer Lösungsansätze.

These 16: Arbeiterinnenbewegung und Sozialdemokratie

Die Arbeiterinnenbewegung ist als wichtigste Kraft des sozialen Fortschritts aus dem Gegensatz der Klassen entstanden. Ihre zentrale Rolle im historischen Emanzipationsprozeß ergibt sich aus ihrer Verankerung in der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion, in den Betrieben und Verwaltungen, aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke und Organisiertheit und aufgrund des kollektiven Bewußtseins, das sich in der Bewegung ausdrückt.

Grundlegende und unmittelbare Klassenorganisation sind die Gewerkschaften, die in den ökonomischen Auseinandersetzungen mit dem Kapital wurzeln und mit wachsender Kraft zur politischen Basis für soziale Reformen (bis hin zu revolutionären Umwälzungen) werden können. Demgegenüber haben sich die Arbeiterinnenparteien als politische Ausdrucksformen der Klasse im Staat und in der Gesellschaft entwickelt, als Interessenvertretung im Parlament und als weltanschaulich orientierter Zusammenschluß. Mit der Entwicklung des Kapitalismus und der kapitalistischen Klassenverhältnisse konnten sich Gewerkschaften und Arbeiterinnenparteien in vielen europäischen Ländern ausdehnen und im Lebensalltag der lohnabhängigen Massen verankern — sei es durch eigenständige Organisationsformen (Gewerkschaften, Vereine usw.) oder durch sozialstaatliche Einflußnahme (insbesondere in den Kommunen).

Die Geschichte der Arbeiterinnenbewegung war von Anfang an durch die gegenläufigen Tendenzen der integrationistischen Anpassung und der sozialistischen Umwälzung geprägt. Differenzierungs- und Spaltungsprozesse waren die Folge — darunter als einschneidendster Vorgang die Trennung von kommunistischem und sozialdemokratischem Flügel, die auch die sozialistische Tendenz parteimäßig aufteilte.

Nachdem eine Umwälzung nach dem Vorbild *der* Oktoberrevolution in den kapitalistischen Metropolen schon frühzeitig gescheitert war, rückten die kommunistischen Parteien immer mehr den Aufbau des realen Sozialismus und seine Verteidigung in den Mittelpunkt. Mit der Niederlage des Faschismus begann die Ausarbeitung friedlich-demokratischer Wege zum Sozialismus und die Entwicklung zu eigenständigen nationalen Parteien. Die Umwälzungen in der modernen bürgerlichen Gesellschaft und in der Arbeiterinnenklasse haben mangels konzeptioneller Verarbeitung dennoch zu einem langfristigen Niedergangsprozeß *der* kommunistischen Parteien in Westeuropa geführt.

Die Sozialdemokratie entwickelte sich in den kapitalistischen Metropolen (vor allem in Mittel- und Nordeuropa) zur politischen Hauptkraft *der* Arbeiterinnenbewegung. Ihre Geschichte in den vergangenen *vier* Jahrzehnten ist verbunden mit dem Projekt des Sozialstaates und des Reformismus: Aufgrund der Niederlage des Faschismus, der Systemkonkurrenz mit dem realen Sozialismus, der allgemeinen ökonomischen Prosperität, der zunehmenden Staatseingriffe im wirtschaftlichen Geschehen und der wachsenden Stärke der Arbeiterinnenbewegung konnte die Sozialdemokratie in mehreren kapitalistischen Ländern der staatsmonopolistischen Regulierung und der bürgerlichen Hegemonie ihren Stempel aufdrücken. „Reformismus“ bedeutet den Versuch, die integrationistische und die sozialistische Tendenz der Arbeiterinnenbewegung zu vereinbaren. Die Grundlage hierfür bilden Reformprojekte innerhalb des Systems unter Verzicht auf revolutionäre Perspektiven, also gesellschaftliche Arrangements und eine Politik des ständigen Klassenkompromisses. Damit hat sich die Sozialdemokratie nicht nur zum Zentrum der Arbeiterinnenbewegung entwickelt, sondern auch zu einer Kraft, die auf neue Schichten und Milieus, auf die Intelligenz und auf bürgerlich-liberale und christliche Kreise auszustrahlen vermag.

Der reale Reformismus beruht auf einem Kompromiß zwischen kapitalistischer Herrschaft und Wohlfahrtsstaat, der in einigen Ländern eine nachhaltige sozialdemokratische Reformpolitik ermöglichte: bedeutsame soziale Fortschritte auf der einen und die Befriedung sozialer Widersprüche auf der anderen Seite waren in einem Projekt enthalten, das mit den ökonomischen und sozialen Umbrüchen der vergangenen 15 Jahren zunehmend überfordern und in eine Krise gestürzt worden ist.

These 17: Die sozialistischen Staaten

Mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland ist ein neues Kapitel der Menschheitsgeschichte aufgeschlagen worden. Erstmals gelang es in einem Land, ein sozialistisches Gesellschaftssystem aufzubauen. Damit veränderte sich grundsätzlich das Kräfteverhältnis in den internationalen Beziehungen, aber auch in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in den kapitalistischen Ländern. Seither dehnte sich der Einflußbereich des Sozialismus geographisch stark aus, neben dem Aufbau einer sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa nach dem 2. Weltkrieg gelang in vielen Staaten der sogenannten 3. Welt eine sozialistische Transformation.

Einerseits kann der Sozialismus auf viele historische Erfolge zurückblicken: der maßgebliche Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus, die Erreichung sozialer Errungenschaften für die werktätige Bevölkerung trotz widriger Ausgangsbedingungen, die Hebung des allgemeinen Lebensstandards in den Entwicklungsländern, ohne dabei jedoch deren grundlegende Entwicklungsprobleme lösen zu können.

Andererseits sind die Stagnations- und Krisenerscheinungen in den sozialistischen Staaten unübersehbar. Die Hauptursache hierfür liegt in der bürokratisch-administrativen Deformierung des sozialistischen Systems.

Die sozialistischen Länder waren bisher weder in der Lage, die materiellen Voraussetzungen für einen entwickelten Sozialismus zu schaffen, noch sind die heute vor-

herrschenden sozialistischen Produktionsverhältnisse geeignet, die progressiven Tendenzen der WTR umfassend zu entfalten.

Die in der Sowjetunion unter Gorbatschow eingeleiteten Reformen des sozialistischen Systems stellen eine historisch notwendige Antwort auf die Krisenerscheinungen in der Sowjetunion dar, die im Kern eine Zuspitzung des Widerspruchs zwischen sozialistischen Produktionsverhältnissen und der Weiterentwicklung der Produktivkräfte sind. Dementsprechend umfaßt die „Perestrojka“ alle Bereiche der sozialistischen Gesellschaft, wobei der Modernisierung der Produktionssphäre in Verbindung mit der Veränderung des ökonomischen und politischen Regulierungsmechanismus eine besondere Bedeutung zukommt. Die umfassende Demokratisierung hat hierbei einen herausragenden Stellenwert, da nur so eine optimale Entfaltung der subjektiven Potenzen als Voraussetzung zur Lösung der entstandenen Probleme möglich ist. Gleichzeitig versuchen die Sowjetunion und mit ihr die sozialistischen Staaten durch ein „Neues Denken“ in der Außenpolitik den gewachsenen Anforderungen an eine internationale Zusammenarbeit aufgrund der globalen Probleme gerecht zu werden.

Die Perestrojka ist keineswegs ein widerspruchsfreier Prozeß, sondern ist mit vielfältigen objektiven und subjektiven Problemen konfrontiert, die ihren Erfolg beeinträchtigen können. Von der Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben wird es jedoch abhängen, ob der Sozialismus in den internationalen Beziehungen und für die Arbeiterinnenbewegung in den imperialistischen Staaten eine neue, revolutionäre Ausstrahlungskraft gewinnen wird. Dieser mögliche revolutionäre Impuls für die fortschrittlichen Kräfte in den imperialistischen Staaten wird sich jedoch nicht allein auf materielle Fortschritte gründen, sondern wird mit der Frage verknüpft sein, inwieweit eine Lösung der globalen Probleme vorangetrieben wird und inwieweit die Durchsetzung der WTR mit demokratischer Beteiligung und sozialem Fortschritt für die Masse der Bevölkerung verbunden ist.

These 18: Umbruch und sozialistische Perspektive

Auf unterschiedlichen Wegen hat die Arbeiterinnenbewegung in der Vergangenheit versucht, ihrer historischen Aufgabe und sozialistischen Zielvorstellungen zu entsprechen. Als Ergebnis der Oktoberrevolution von 1917 und der sozialen Umwälzungen in verschiedenen Ländern Osteuropas und Ostasiens nach 1945 konnte sich ein sozialistisches Staatensystem herausbilden, von dem wesentliche Impulse für das soziale und kulturelle Niveau der jeweiligen Völker, für die Stellung der Arbeiterinnenklasse in Wirtschaft und Gesellschaft und insbesondere für den antiimperialistischen Befreiungskampf ausgegangen sind. Die vergangene Entwicklung des realen Sozialismus war aber zugleich durch ein rückständiges materiell-technisches Niveau, erhebliche Einschränkungen individueller Freiheit und politischer Demokratie, bürokratische Erstarrungen und überkommene patriarchalische Traditionen gekennzeichnet. Das historische Niveau eines entwickelten Sozialismus ist bislang nirgendwo erreicht worden.

Im gleichen historischen Zeitraum ist es der Sozialdemokratie vor allem in den westeuropäischen Ländern gelungen, mit Hilfe von Klassenkompromissen den Einfluß der Arbeiterinnenbewegung auszudehnen und die Entwicklung des Sozialstaats voranzutreiben. Ohne die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung grundsätzlich infragezustellen, konnten darin kollektive Elemente verankert werden, auf denen eine entwickelte sozialistische Perspektive — zusammen mit dem erreichten Stand der Produktivkräfte und der Lebensweise — aufbauen kann. Mit der fortgesetzten sozialen Abhängigkeit der Arbeiterinnenklasse, den wiederkehrenden ökonomischen und sozialen Krisen und der noch verschärften imperialistischen Ausplünderung der sog. 3. Welt wurde jedoch ein hoher Preis für die Integration der Arbeiterinnenbewegung in den kapitalistischen Metropolen gezahlt.

Heute stehen beide Hauptströmungen der Arbeiterinnenbewegung vor der Aufgabe, durch gemeinsamen Einsatz die globalen Gefahren abzuwenden und die Grundlagen für einen entwickelten und modernen Sozialismus zu schaffen: Bei aller Unter-

schiedlichkeit der gesellschaftlichen Systeme, der historischen Traditionen und politischen Konzeptionen besteht insoweit ein enger Zusammenhang zwischen dem „Neuen Denken“ und der demokratischen Umgestaltung in der Sowjetunion und dem Konzept der Sicherheitspartnerschaft und dem Ringen um ein neues sozialstaatlich-demokratisches Reformprojekt in den kapitalistischen Staaten. In der heutigen Entwicklung entdecken wir reale Grundlagen für eine politische Utopie: eine wachsende Annäherung und Verflechtung zwischen den Hauptströmungen der Arbeiterinnenbewegung mit Blick auf die gemeinsamen Zukunftsaufgaben.



2.3 ökonomische Entwicklung

These 19: Strukturelle Überakkumulation

Die weltweiten ökonomischen Krisenprozesse haben ihren Kern in der Akkumulation des Kapitals — genau in seiner Überakkumulation, die mittlerweile einen überzyklischen, strukturellen Charakter angenommen hat.

Das Problem der Überakkumulation zieht sich seit ca. 15 Jahren durch die konjunkturellen Auf- und Abschwünge hindurch. Hintergrund ist die Veränderung des kapitalistischen Investitionstyps in den vergangenen 10 bis 20 Jahren, insbesondere die Schwerpunktverlagerung von Erweiterungs- zu Rationalisierungsinvestitionen.

Rationalisierungsinvestitionen haben im Gesamtergebnis immer dazu geführt, daß die Arbeitsproduktivität und die Ausbeutung der Arbeiterinnen (die „Mehrwertrate“) erhöht wurden, während die Anzahl der Arbeiterinnen im Verhältnis zum eingesetzten konstanten Kapital bzw. zur Maschinerie abgenommen hat. Diese relative Schrumpfung der lebendigen Arbeit — also der wert- und mehrwertschaffenden Basis — hat im langfristigen Trend ein Absinken der Profitrate nach sich gezogen. Durch eine Ausdehnung der Produktion und des Absatzes konnten größere Profitmassen in den 50er und 60er Jahren eingefahren und rentabel wieder angelegt werden. Die rationalisierungsbedingte Freisetzung von ökonomischem Potential (Arbeitskräfte, Kapital) konnte im Zuge von Erweiterungsinvestitionen genutzt werden.

In den 70er Jahren ist eine Situation erreicht worden, in der sowohl die Investitions- als auch die Konsumgüternachfrage nicht mehr mit den kapitalistischen Verwertungs- und Absatzinteressen Schritt halten konnte. Die beständige Umgruppierung ökonomischer Ressourcen war im herkömmlichen Rahmen nicht mehr möglich. Rationalisierungsinvestitionen sind immer mehr zu einem Instrument geworden, um die jeweilige Konkurrenz auf insgesamt stagnierenden Märkten zu verdrängen und zu vernichten. Das relative Absinken der Lohnstückkosten und die verringerte Zahl der Beschäftigten haben die Kluft zwischen inländischer Produktion und Nachfrage vergrößert, was eine immer stärkere Exportorientierung hervorgerufen hat

Die durch Rationalisierung, Exporterfolge und materielle Umverteilung angewachsenen Profitmassen sind dann in zunehmenden Maße in spekulative Geldanlagen hineingeflossen, während auf der anderen Seite immer noch gewaltige Überkapazitäten in der Industrie vorhanden sind. Vor allem der forcierte Einsatz der neuen Au-

tations-, Informations- und Kommunikationstechnologien hat mittlerweile zu einer Stabilisierung der nationalen Profitrate geführt, ohne allenfalls das Problem der strukturellen Überakkumulation zu beseitigen, da die binnenwirtschaftlichen Absatzspielräume eng bleiben und der Kapitalstock zwar effektiviert, aber nicht grundlegend erneuert wird.

Dies beinhaltet folgende Probleme: Aufgrund von Lohn- und Sozialabbau, anhaltender Massenarbeitslosigkeit und neuer Armut bleibt die Konsumnachfrage begrenzt. Eine massive Welle von Produktinnovationen ist nicht absehbar. Kapitalsparende Rationalisierungsinvestitionen begrenzen den Umfang der nachgefragten Investitionsgüter; große Teile der Industrie bleiben in Krisenbranchen von der innovativen Dynamik in den Wachstumsbranchen unberührt und belasten mit ihren Kapazitäten den nationalen Kapitalstock.

Der Einsatz der sogenannten Neuen Technologien wird auf der gegebenen Grundlage nur in einigen exportorientierten Wachstumsbranchen eine Prosperität entfachen können, insgesamt bleibt die Überakkumulation auf absehbare Zeit ein struktureller Tatbestand.

These 20: Regulierungs- und Innovationskrise

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung wird durch die strukturelle Überakkumulationskrise blockiert, so daß der staatsmonopolistische Kapitalismus sich heute in einer Regulierungs- und Innovationskrise befindet

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich Probleme aufgestaut, die am sichtbarsten in den regionalen und Branchenkrisen auftreten: Probleme in der optimalen Anordnung wirtschaftlicher Kapazitäten, in der Mobilisierung von Ressourcen und in der Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen, die mit den traditionellen Mitteln staatlicher Konjunktur- und Subventionspolitik nicht mehr beeinflußt werden können.

Die Regulierungskrise zeigt sich einmal daran, daß die Proportionen zwischen Produktionspotential und Nachfrage, produktiven Investitionen und Finanzanlagen, Exportwirtschaft und Binnenmarkt, modernen und traditionellen Wirtschaftssektoren sich nicht mehr austarieren lassen. Sie zeigt sich aber auch in *der* Anordnung und Qualität der verschiedenen Faktoren des Reproduktionsprozesses (darunter die Beschaffenheit des Arbeitsvermögens, von Qualifikation und Ausbildung, der Produktionsverfahren, Wachstumsfelder, der Verbrauchsformen, der natürlichen Umwelt usw.). Die Entwicklung dieser Faktoren bleibt hinter den Anforderungen und Möglichkeiten der wissenschaftlich-technischen Revolution zurück, was zu einer Innovationskrise führt.

Der bislang dominierende Innovationstyp war vor allem gekennzeichnet durch die tragende Rolle der Massenproduktion und des Massenkonsums (Fordismus), durch wachsende ökologische Folgeprobleme dieser Produktions- und Konsumweise, die sozialstaatliche Regelung der Reproduktion des Arbeitsvermögens, die Ausweitung öffentlicher Dienst- und Infrastrukturleistungen und durch Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Die Zuspitzung ökologischer Problemstellungen und die Veränderung von Konsum- und Lebensgewohnheiten trifft heute zusammen mit der Überakkumulation und wachsenden ökonomischen Konkurrenzkämpfen, mit dem Streben nach neuen Wachstumsfeldern und nach einer Spezialisierung und Flexibilisierung von Produktion und Dienstleistungen. Damit erhöhen sich objektiv die Anforderungen an die Beschaffenheit von Produkten und Diensten, an das menschliche Arbeitsvermögen und die Technik, an die öffentlich oder privat organisierte Infrastruktur und insgesamt an ein künftiges Regulierungssystem.

Einerseits sind darin die progressiven Momente *der* WTR enthalten, die auf eine allgemeine Erhöhung der Arbeits- und Lebensqualität und eine bewußte Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft hinauslaufen. Auf der anderen Seite aber wird dieses innovative Potential durch das *Kapital* blockiert und deformiert: Sichtbarstes Zeichen sind die rationalisierungsbedingt angeschwollenen Profitmassen, die zu einem großen Teil nicht reinvestiert werden, und die Bevorzugung monopolistisch beherrschter Export- und High-Tech-Sektoren bei gleichzeitiger Untergrabung binnenwirtschaftlicher Kleisläufe.

Darin tritt erneut der grundlegende Widerspruch zwischen der Produktivkraftentwicklung und den Produktionsverhältnissen zutage: Wissenschaftlich-technische Revolution und strukturelle Überakkumulation äußern sich in einer tiefgreifenden Regulierungs- und Innovationskrise.

These 21: Staatsmonopolistischer Strukturwandel

Die tiefgreifende Krise des staatsmonopolistischen Regulierungssystems ruft Anpassungsmaßnahmen hervor, die teilweise selbst krisenverschärfend wirken können, teilweise auf eine neue Struktur der Regulierung hinauslaufen, die der Komplexität des Produktivkraftsystems und der ökonomischen Beziehungen besser entspricht.

Wesentliche Merkmale des laufenden Anpassungsprozesses sind Veränderungen bei den Staatseingriffen und in der Monopolstruktur:

Erstens verlagern sich die wirtschaftspolitischen Eingriffe des Staates von der finanzpolitischen Nachfrageförderung zur Verbesserung der „Angebotsseite“, nämlich der kapitalorientierten Umverteilung über Steuerentlastung und Sozialabbau und verstärkter Unterstützung der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Die darin enthaltene Strukturpolitik konzentriert sich in erster Linie auf die Forschungs- und Technologiepolitik und auf Schlüsselprogramme in Bereichen wie der Rüstung, der Telekommunikation und der Raumfahrt. Durch die Betonung der indirekten Förderung und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen kommt es dabei zu einem stärkeren Gewicht der privatmonopolistischen Komponente.

Zweitens verändert sich parallel die Monopolstruktur. Es kommt zu einer wachsenden Differenzierung der Produktstruktur von branchenübergreifenden Konzernen und einer zunehmenden Bedeutung der Finanzgruppen bzw. Banken gegenüber und im Rahmen der Monopolgruppen. Auf diese Art und Weise wird die Rücknahme öffentlicher Eingriffe ausgeglichen durch die Strukturpolitik, die verstärkt seitens der Monopol- und Finanzgruppen betrieben wird und deutlich über rein einzelbetriebliche Überlegungen hinausgeht. Zudem bilden sich verstärkt staatsmonopolistische Komplexe in zentralen Produktionsbereichen und Diensten (z.B. Telekommunikation) heraus, die eine qualitativ neue Verflechtung und Zusammenarbeit zwischen Staat und Monopolen auf allen Ebenen des Produktions- und Zirkulationsprozesses darstellen.

Drittens verstärkt sich weiterhin der Monopolisierungsprozeß, wobei es gleichzeitig zu einer Dezentralisierung der Betriebsstrukturen kommt. Unter anderem werden auch einzelne Aufgaben aus den Konzernen ausgelagert und Kleinunternehmen übertragen, die sich dennoch in Abhängigkeit von den großen Konzernen befinden (vgl. das Verhältnis von Technologieparks und Konzerninteressen). Dadurch wird die gesamte Monopolstruktur flexibler und differenzierter.

Insgesamt kommt es zu einer qualitativen Veränderung der Regulierungsstruktur und zu einer neuen Aufgabenverteilung zwischen Industriemonopolen, Finanzkapital, Staat und angelagerten kleinen und mittleren Unternehmen, wobei der verstärkte Regulierungs- und Planungsbedarf in der wachsenden Bedeutung der Banken, der branchenübergreifenden Monopolgruppen, der staatsmonopolistischen Komplexe und der veränderten Schwerpunktsetzung staatlicher Eingriffe zum Tragen kommt.

These 22: Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft

Eine immer stärkere Rolle spielen die weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen und die Entwicklung internationaler Regulierungsformen:

Erstens konzentrieren sich der Waren- und Kapitalexport und die finanziellen Transaktionen immer stärker auf die führenden internationalen Konzerne, Banken und Monopolgruppen der kapitalistischen Metropolen. Mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechniken weitet sich ihr Aktionsradius zusätzlich enorm aus („globales Marketing“).

Zweitens verändert sich der Charakter des internationalen Handels und Kapitalverkehrs, der nicht mehr vorrangig durch eine sich gegenseitig ergänzende Arbeitsteilung zwischen den Ländern — vor allem den Industrie- und Entwicklungsländern — gekennzeichnet ist, sondern zunehmend durch die Arbeitsteilung zwischen den Industrienationen und dem wechselseitigen Austausch gleichartiger Güter und Dienste.

Drittens hat sich die Rolle der Nationalstaaten in der Weltwirtschaft verändert, die zunehmend stärker in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen vor allem zugunsten „ihrer“ internationalen Konzerne eingreifen. Die Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Problemstellungen wird zu einem zentralen Bestandteil nationaler Wirtschaftspolitik.

Mit der Zuspitzung der ökonomischen Krisenprozesse im nationalen Rahmen geriet auch die kapitalistische Weltwirtschaft in eine tiefgreifende Krise. Gleichzeitig kam es in den vergangenen 15 Jahren aber zu einem Verfall der internationalen Regulierungsansätze, die unter Führung der USA nach dem 2. Weltkrieg etabliert worden waren (Weltwährungssystem, Handelsabkommen, Verträge über Devisen- und Kapitalverkehr usw.). Nachdem die US-Vorherrschaft durch Westeuropa und Japan zunehmend in Frage gestellt worden war, sich die weltwirtschaftlichen Spielräume insgesamt einengten und die einzelnen imperialistischen Länder mit nationalen Krisenprozessen zu kämpfen hatten, zerbrach das überkommene internationale Währungs- und Finanzsystem und verstärkte sich der internationale Konkurrenzkampf der Monopole, der durch die jeweiligen Nationalstaaten unterstützt wurde.

Die unkontrollierte Expansion der Finanzmärkte und die fortschreitende imperialistische Ausplünderung der 3. Welt haben sich in der internationalen Verschuldungskrise verflochten und bedrohen die gesamte Weltwirtschaft. Während viele Entwicklungsländer faktisch bankrott sind, finanzieren die USA ihre gegenwärtige Hegemonialpolitik mit einer noch weiter wachsenden Verschuldung. Die vielfältigen weltwirtschaftlichen Krisenprozesse stehen also einem vollkommen unzureichenden internationalen Regulierungsmechanismus gegenüber.

Ein neues internationales Regulierungssystem wird zwar trotz der tiefgreifenden internationalen Wirtschaftsverflechtungen weiterhin zwischenstaatlichen Charakter haben. Neben die Nationalökonomien aber treten mit zunehmender Bedeutung übernationale, regionale Märkte und Zonen wie die EG und der südostasiatische Bereich.

Kern der anhaltenden Weltwirtschaftskrise ist der Widerspruch zwischen den verschärften ökonomischen und finanziellen Krisenprozessen und den fehlenden internationalen Regulierungsformen. Hiermit werden zugleich die globalen Probleme verschärft und Lösungen verhindert: Die ökonomischen Krisen in den kapitalistischen Zentren sind mit den globalen Problemen durch die weltwirtschaftliche Entwicklung so eng verflochten, daß das Problem der Regulierung und der Innovation national und international auf der Tagesordnung steht.

These 23: Europäische Gemeinschaft

Mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat sich ein staatenübergreifendes staatsmonopolistisches Regulierungssystem herausgebildet. Es ist zu einer tiefgreifenden ökonomischen, politischen und militärischen Verflechtung zwischen den beteiligten Staaten gekommen, die den Integrationsprozeß unumkehrbar werden läßt.

Basierend auf den vielfältigen ökonomischen, politischen und kulturellen Gemeinsamkeiten der Staaten Westeuropas entstand die EG in der Nachkriegszeit unter zwei Zielsetzungen, die auch heute noch von zentraler Bedeutung sind: Einerseits sollen die Verwertungsbedingungen für das Kapital durch die Integration verbessert werden. Andererseits dient die Integration der politischen Herrschaftssicherung gerade angesichts des Entstehens einer sozialistischen Staatengemeinschaft auf dem europäischen Kontinent.

Auf Grundlage dieser Gemeinsamkeiten entwickelte sich die EG jedoch in einem widersprüchlichen Prozeß, der tiefe Krisen und Stagnationsphasen einschließt. Die Ursache hierfür liegt in den weiter bestehenden, vielfältigen nationalen Sonderinteressen der Mitgliedsstaaten und deren führenden Kapitalfraktionen. So hat die EG trotz des international einmaligen Integrationsstandes immer noch weitgehend zwischenstaatlichen Charakter, der sich unter anderem in der relativ schwachen Stellung der EG-Institutionen gegenüber den Regierungen der Nationalstaaten äußert. Fortschritte im Integrationsprozeß sind größtenteils nur als Kompromisse zwischen den Mitgliedstaaten zu sehen, die das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen den Staaten widerspiegeln.

Aufgrund ihrer herausragenden ökonomischen Stellung spielt die BRD in der EG eine zentrale Rolle. Die Politik der BRD ist hierbei von dem Bestreben, eine Hegemonialstellung zu erlangen, gekennzeichnet, was sich insbesondere im ökonomischen Bereich niederschlägt. Zudem ist die BRD bestrebt, über die EG ihren politischen Handlungsspielraum, der infolge der Ergebnisse des 2. Weltkrieges weiterhin eingeschränkt ist, zu erweitern. Dementsprechend ist eine weitere Vertiefung der westeuropäischen Integration im direkten Interesse der BRD. Um die Schwierigkeiten der Integration aufgrund der nationalstaatlichen Sonderinteressen zu umgehen, hat sich — unterstützt durch die BRD — das Konzept der „abgestuften Integration“ herausgebildet. Integrationschritte, die nicht von der gesamten Gemeinschaft vollzogen werden können, sollen durch eine engere zwischenstaatliche Zusammenarbeit der größeren Mitgliedsstaaten (vor allem BRD und Frankreich) durchgesetzt werden, um somit die EG ihren Interessen unterzuordnen.

In ihrer Entwicklung wurde die EG von einem „Juniorpartner“ der USA zu einem der drei imperialistischen Zentren neben den USA und Japan und damit zu einem Hauptkonkurrenten der USA, sowohl ökonomisch als auch zunehmend politisch und militärisch. Hieraus resultiert die zentrale Bedeutung der EG in der Weltwirtschaft und den internationalen Beziehungen, gerade auch im Hinblick auf die Bewältigung der gestiegenen Regulierungsanforderungen. Diese zentrale Rolle kann jedoch nur von der EG als Ganzes wahrgenommen werden, da die einzelnen Mitgliedstaaten weder ökonomisch noch politisch hierzu alleine in der Lage sind. Insofern kommt der Vertiefung der Integration eine besondere Bedeutung zu.

2.4 Veränderung von Arbeits- und Lebensweise

These 24: Umbrüche in der Erwerbsarbeit

Um die Mehrwertproduktion und die Akkumulation beständig zu erweitern, verändert das Kapital dauernd die Produktionsstrukturen, wobei Wissenschaft und Technik eine immer größere Rolle spielen.

Das ökonomische und soziale System muß gleichzeitig an diese Dynamik angepaßt werden, so daß sich auch die Strukturen außerhalb der Produktion ausweiten und ständig umgruppiert werden. Es ist daher charakteristisch für den Kapitalismus, daß es zu einer beständigen Umwälzung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wie auch der betrieblichen Arbeitsorganisation kommt, daß alte Arbeitsformen, Berufsbilder und Qualifikationen verfallen und neue entstehen.

Ebenso charakteristisch ist es, daß der Wandel der Arbeitsweise im Kapitalismus regelmäßig mit großen sozialen Opfern unter den Lohnabhängigen verbunden ist. Während die Entwicklung des Produktivkraftsystems also einerseits dazu führt, daß das Qualifikationsniveau der „GesamtarbeiterIn“¹⁴ (Gesamtheit der Welttätigen) ansteigen muß, hat diese fortschrittliche Entwicklung andererseits unter der Regie des Kapitals massenhafte Entqualifizierung und soziale Ausgrenzung großer Teile der Arbeiterinnenklasse zu Folge.

Die vergangenen Jahrzehnte standen im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution, insbesondere der elektromechanischen Automatisierung der unmittelbaren Produktion und gleichzeitiger Ausdehnung reproduktiver Tätigkeiten, die gemeinhin unter den Rubriken Büro- und Dienstleistungsberufe versammelt werden. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise und der mikroelektronisch gestützten Informations- und Kommunikationstechnik spitzen sich diese Entwicklungen und Tendenzen zu.

Der anhaltende Wandel der Arbeitsweise zeigt sich in folgenden Merkmalen: in der unmittelbaren Produktion wird ein abnehmender Teil der gesellschaftlichen Arbeit verausgabt. Vor- und nachgelagerte Arbeitsfunktionen von der Arbeitsvorbereitung über die Produktionsplanung bis zu Forschung und Entwicklung, überwachende, steuernde, disponierende und ähnliche Tätigkeiten dehnen sich aus.

Daher verschiebt sich auch das Qualifikationsprofil: handwerkliche Geschicklichkeit, gegenstandsbezogenes Erfahrungswissen und/oder mechanisierte Routine werden schrittweise durch logisch-abstrakte Fähigkeiten (zur Problemlösung, Planung, Koordination, Informationsbeschaffung, Symbolverarbeitung usw.) verdrängt. Dies kann sowohl in Form von Expertinnen als auch von neuen Routinetätigkeiten stattfinden.

Während es also innerhalb des produktiven Sektors zu einer Ausdehnung der Büro- und Labortätigkeiten kommt, nehmen außerhalb der Produktion kundenorientierte Tätigkeiten, soziale und kulturelle Dienste und infrastrukturelle Aufgaben einen immer größeren Platz in der Beschäftigungsstruktur ein. Dies entspricht den wachsenden Anforderungen an die Reproduktion des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, an die Rahmenbedingungen fortschreitender Produktivkraftentwicklung und an die Einbindung der Bevölkerung und ihrer Ansprüche. Auf diesem Feld eröffnet sich ein weites Spektrum von hochqualifizierten soziokulturellen Dienstleistungen bis hin zu unqualifizierten Servicediensten („bad jobs“) am unteren Ende der sozialen Hierarchie. Die Anforderungen in diesen Bereichen entsprechen häufig den sozialisationsbedingten Fähigkeiten von Frauen. Die Ausdehnung der Erwerbsarbeit gegenüber anderen Arbeitsformen (Subsistenzwirtschaft, Haus- und Reproduktionsarbeit) und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen vollziehen sich überwiegend in diesem Dienstleistungssektor.

Der Wandel der Arbeitsweise umfaßt insoweit folgende grundlegende Trends: Intellektualisierung" (Zunahme intellektueller Arbeitsfunktionen und Berufsbilder), „Feminisierung" (Ausdehnung der Erwerbsarbeit durch wachsende Berufstätigkeit von Frauen und Veränderungen in der Struktur weiblicher Erwerbsarbeit) und „Segmentierung" (die gleichzeitige breite Ausfächerung von Qualifikationen und Tätigkeiten in verschiedene Gruppen von Lohnabhängigen).

Im Zuge der kapitalistischen Krise und der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit wächst der Anteil zweit- und drittklassiger und schlecht gesicherter Arbeitsverhältnisse insbesondere im Dienstleistungssektor (befristete Verträge, Arbeitsbeschaffung, Teilzeitarbeit usw.), während gleichzeitig die „Flexibilisierung" von Arbeitsformen und Arbeitszeiten immer stärkeren Einzug in den Erwerbssektor hält. Die „Feminisierung" der Lohnarbeit findet vor allem in diesem Erwerbssektoren statt, die „Segmentierung" geht in erster Linie auf Kosten der Frauen.

Es muß aber festgehalten werden, daß der Wandel der Arbeitsweise kein eigengesetzlicher Prozeß ist, der einer „reinen Logik"⁴¹ der Produktivkräfte oder des Kapitals folgt, vielmehr haben sich auf Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution die Gestaltungsspielräume erweitern. Dieser Wandel und seine konkrete Ausprägung werden in wachsendem Maße von den Klassenkämpfen um Qualifikation, Arbeitszeit, Arbeitsgestaltung, Frauenförderung und Weiterbildung geprägt. Die Gestaltung von Arbeit, Wissenschaft und Technik wird zu einer sozialen und politischen Aufgabe erster Ordnung für die Arbeiterinnenbewegung.

These 25: Die Entwicklung der Klassenstruktur

Mit dem Wandel der Arbeitsweise verändert sich auch die "Klassenlandschaft": Die Klassenstruktur wandelt sich und der Klassengegensatz nimmt neue Züge an.

Allerdings ist hervorzuheben, daß die Stellung der Klassen und Schichten zueinander nicht in erster Linie durch die konkrete Arbeitsweise bestimmt wird. Maßgebend ist vielmehr ihre jeweilige Stellung zu den Produktionsmitteln und ihre Funktion im Gesamtgefüge kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft. In diesen Funktionen schlagen sich dann natürlich die Anforderungen nieder, die sich etwa aus der WTR oder der ökonomischen und sozialen Regulierung im SMK ergeben:

Auf der Seite der Bourgeoisie zeigt sich dies daran, daß vor allem im zentralen Bereich — beim Monopolkapital und im staatsmonopolistischen Sektor — die „angestellten" Gruppen im Management, den Untemehmerverbänden, der staatlichen Wirtschaftsbürokratie usw. zugenommen haben, während der aktive Eigentümerkapitalist immer mehr in den Hintergrund tritt.

Demgegenüber hat der Umfang der Arbeiterinnenklasse auf ca. 70% der Erwerbstätigen zugenommen, während der „harte Kern" der Klasse (in der materiellen Großproduktion) eher geschrumpft ist. Durch die Entwicklung des Dienstleistungssektors und veränderte Strukturen innerhalb der Industrie hat sich die Arbeiterinnenklasse auf alle Sektoren der Reichtumsproduktion und -Verteilung ausgefächert, was ihre grundlegende soziale Position nicht mindert, sondern unterstreicht.

Während die selbständigen Mittelschichten qualitativ an Bedeutung verlieren (was ihre qualitative Rolle insbesondere im Handwerk und im Dienstleistungssektor nicht verringert), nimmt die Bedeutung von lohnabhängigen Mittelschichten und lohnabhängiger Intelligenz in jeder Hinsicht zu (ca. 15 % *der* Erwerbstätigen). In ihrer Funktion und ihrer sozialen Stellung gibt es fließende Obergänge sowohl zur Bourgeoisie als auch zur Arbeiterinnenklasse.

Für die Masse *der* sozialkulturellen (z.B. Bildungswesen, Medien) und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz (insbesondere Ingenieurinnen, Technikerinnen, EDV-Fachleute) werden vor allem die Übergänge zur Arbeiterinnenklasse und ihren höherqualifizierten Teilen bedeutsam. Maßgeblich ist hierfür, daß Lohnabhängigkeit sich auch in der konkreten Arbeitssituation (Rationalisierungsdruck, Intensi-

vierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit) niederschlägt Andererseits schlägt es zu Buche, wenn intellektuelle Tätigkeit immer weniger das Privileg einer kleinen Gruppe von Spitzenkräften ist.

Insoweit wird die Arbeiterinnenklasse in *der* materiellen Großproduktion — also im Schlüsselsektor der Ökonomie — ihre zentrale Stellung behalten, *aber es* wird zu einer allmählichen Verschiebung zu modernen Facharbeiterinnengruppen und technischen Angestellten (bis hin zur wissenschaftlich-technischen Intelligenz) kommen.

Offener ist die Frage, ob bzw. in welchen Dienstleistungssektoren neue Kernbereiche der Klasse (mit Übergängen zur sozialkulturellen Intelligenz) entstehen und in welcher Form auch hier der Klassengegensatz ausgetragen werden kann. Hierbei ist vor allem die zukünftige Aufteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor entscheidend.

Die Differenzierung der Arbeiterinnenklasse, das Wachstum der Intelligenz, die Verschiebung in den Kernsektoren der Arbeiterinnenklasse, die Ausdehnung des Dienstleistungssektors, aber auch die funktionellen Veränderungen in *der* Bourgeoisie verweisen auf eine grundlegende Tendenz: Dort wo die wissenschaftlich-technische Revolution mit ihrer sozialkulturellen Komponente in das System staatsmonopolistischer Ausbeutung und Herrschaft eingepaßt werden soll, kommt es zu unvermeidlichen Widersprüchen zwischen den fortschrittlichen Potentialen der WTR und ihrer staatsmonopolistischen Nutzung — sei es auf den Gebieten der unmittelbaren Produktion, der Bildung, der Forschung und technischen Entwicklung oder der Medien.

Diese Widersprüche sind auch in der Klassenstruktur eingeschrieben und werden immer mehr den Klassengegensatz zwischen der modernen Bourgeoisie und der modernen Arbeiterinnenklasse prägen. Zusammen mit der Tatsache der gemeinsamen Lohnabhängigkeit ist dies die entscheidende Grundlage für das Bündnis von Arbeiterinnenklasse und Intelligenz.

These 26: Sozialstaat und Individualisierung

Die fordistische Produktions- und Konsumtionsweise eröffnete dem Kapital nicht nur Expansionschancen. Sie veränderte auch die ökonomische Position der Lohnabhängigen, die zu einem bedeutsamen Nachfragefaktor wurden. Unter dem Druck der Arbeiterinnenbewegung konnte diese Konstellation genutzt werden, um die Reproduktion der Lohnarbeit kollektiv abzusichern und den Sozialstaat zu entwickeln. Die vergangene Phase kapitalistischer Entwicklung war also dadurch geprägt, daß die Arbeiterinnenklasse am Produktivitätsfortschritt beteiligt war und ihre soziale Lage nachhaltig verbessern konnte. Grundlegende Veränderungen in ihrem Alltagsleben waren die Folge.

Die Überwindung von Not und Hunger als Kennzeichen der Lebenslage *der* Arbeiterinnenklasse, die Selbstverständlichkeit eines gestiegenen Lebensstandards haben zur Herausbildung entwickelter Ansprüche an die individuelle Lebensgestaltung geführt. Durch die Entwicklung der Einkommensverhältnisse und sozialen Sicherung, der Arbeits- und Freizeit, des Bildungssystems und der Medien, der Wohn- und Familienverhältnisse, der Konsum- und Reisegewohnheiten etc. wurden Lebensstile und Lebensgewohnheiten der Lohnabhängigen ausdifferenziert.

Mit der Auflösung traditionell proletarischer, aber auch ländlich-konfessioneller Milieus sind neue sozio-kulturelle Milieus entstanden, die sich weniger an Klassen- und Sozialschranken orientieren und größere Spielräume für individuelle Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Insgesamt kann von einer historischen Tendenz der Individualisierung gesprochen werden. Soziale und familiäre Abhängigkeiten unter den Lohnarbeiterinnen spielen eine deutlich geringere Rolle; persönliche Freundschaften und Gemeinschaften, die

stärker durch bewußte individuelle Entscheidung als durch materiell-soziale Abhängigkeit begründet sind, rücken in den Vordergrund. Allerdings machen soziale Herkunft, Einkommenshöhe, Arbeitsbedingungen und Geschlechtszugehörigkeit auch heute noch Schranken im Alltagsleben deutlich.

Während früher das Hineinwachsen in die Arbeiterinnenbewegung zumindest in ihren Kernbereichen ein überwiegend „naturwüchsiger“ Prozeß war, ist es heute notwendig, daß sich jede und jeder immer wieder bewußt in den Klassenzusammenhang einordnet. Aufgrund der Veränderungen im Alltagsleben der Lohnabhängigen kommt dem Reproduktionsbereich zunehmende Bedeutung im Prozeß der Klassenformierung zu.

These 27: Frauenarbeit und Geschlechterverhältnisse

Die historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise beruhte von Anfang an auf der Zuweisung der unentgeltlichen Reproduktionsarbeit an die Frauen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung unterwirft die Frauen in den Familien einem patriarchalen Gewaltverhältnis und benachteiligt sie gleichzeitig auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt.

In der frühkapitalistischen Entwicklung war Frauenarbeit zunächst zu einem großen Teil Arbeit in halb-feudalen Abhängigkeiten in Haus- und Landwirtschaft sowie kleinen handwerklichen Betrieben. Lediglich 15 % der erwerbstätigen Frauen waren als Arbeiterinnen in der Industrie beschäftigt. Erst im 20. Jahrhundert nahm der Anteil der lohnabhängigen Frauen in Industrie und Dienstleistungen deutlich zu.

Seit den 60er Jahren sind weitere einschneidende Veränderungen zu beobachten: Der Anteil der "mithelfenden Familienangehörigen" ist deutlich zurückgegangen, während gleichzeitig der Anteil der erwerbstätigen Frauen, deren Arbeit entwickelten Warencharakter trägt, also Lohnarbeit ist, immer weiter zunimmt. Mit der Zunahme von Frauenarbeitsplätzen im Dienstleistungssektor ist auch der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze in diesem Sektor in die Höhe geschneit.

Die große Mehrheit der erwerbstätigen Frauen gehört heute zur Arbeiterinnenklasse, erhöht hat sich aber auch der Anteil der Frauen an lohnabhängigen Mittelschichten und Intelligenz. Auf der anderen Seite arbeiten derzeit schätzungsweise 3 Millionen Frauen in ungeschützten, materiell und sozial unterprivilegierten Beschäftigungsverhältnissen als Teilzeit- oder Heimarbeiterinnen. Während in der frühkapitalistischen Entwicklung Frauen vielfach über Ehemänner bzw. familiäre Bindung in den Klassenzusammenhang integriert waren, stellt sich der Klassenbezug heute für einen größeren Teil der Frauen über die eigene Erwerbstätigkeit her.

Deutlich erhöht hat sich bereits in den vergangenen Jahrzehnten das durchschnittliche Qualifikationsniveau von Frauen. Mit der Durchsetzung der WTR sind für die Struktur weiblicher Erwerbstätigkeit weitere Veränderungen absehbar. Während auf der einen Seite die Gefahr der Segmentierung und der Durchsetzung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse steigt, besteht auf der anderen Seite die Chance, daß im Zusammenhang mit veränderten, höheren und ganzheitlicheren Qualifikationsanforderungen insbesondere weibliche Aneignungsweisen und Kompetenzen benötigt werden.

So liegt in der Aneignung der WTR durchaus die Möglichkeit der Auflockerung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Dies ist eine Grundlage für die These von der Feminisierung der Lohnarbeit und eine Ursache für die zunehmende Bedeutung der Frauen für die Klassenformierung.

Auf der Grundlage von Sozialstaatsentwicklung und zunehmender materieller Eigenständigkeit durch die Veränderung der weiblichen Erwerbstätigkeit hat sich der Lebenszusammenhang von Frauen gewandelt. Bewußtsein und Ansprüche von Frauen sind heute vielfach andere als noch vor wenigen Jahren. Erwerbstätigkeit ist für einen immer größeren Teil der Frauen, auch für verheiratete Frauen mit

Kindern, zur Selbstverständlichkeit geworden. Insbesondere junge Frauen, die durchschnittlich einen gleichwertigen bzw. höheren Bildungsabschluß im Vergleich zu jungen Männern vorweisen können, haben gefestigte qualitative Ansprüche an ihre eigene Berufstätigkeit und die Gestaltung ihres gesamten Lebenszusammenhangs. Gerade sie erleben heute umso stärker die Kollision ihrer Ansprüche mit der gesellschaftlichen Realität in der Krise.

Mit der veränderten Funktion der Familie für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, insbesondere aber aufgrund des veränderten Bewußtseins und der gestiegenen Ansprüche von Frauen deutet sich auch ein Wandel der Geschlechterverhältnisse in der Familie an. Obwohl Frauen heute immer stärker und organisierter partnerschaftliche Beziehungen, Beteiligung der Männer an *der* Hausarbeit, das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper, zusammengefaßt also das Recht auf gleichberechtigte Selbstentfaltung auch im privaten Bereich fordern, ist die Realität noch weit davon entfernt. Die Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen, die Dominanz der Männer in partnerschaftlichen Beziehungen, subtile und offene Gewalt gegen Frauen sind nach wie vor gesellschaftliche Realität

These 28: Generationswechsel und Jugend

Die dargestellten Veränderungen in *der* Klassen- und Sozialstruktur, der Wandel der Arbeits- und Lebensweise und insbesondere die veränderten Ansprüche von Frauen an die Gestaltung ihres Lebenszusammenhangs spitzen sich über den Generationswechsel in der Jugend zu.

Generationen entwickeln ihre eigenen Ausdrucksformen aus dem Ensemble von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Formen ihrer Zeit. Den Untergrund für die Generationsbildung machen eine gemeinsame Generationslage und sich darauf entwickelnde Generationszusammenhänge aus, die wiederum gebrochen werden durch Klassenstruktur, Geschlechterverhältnisse, regionale und ethnische Besonderheiten, religiöse Praxen etc..

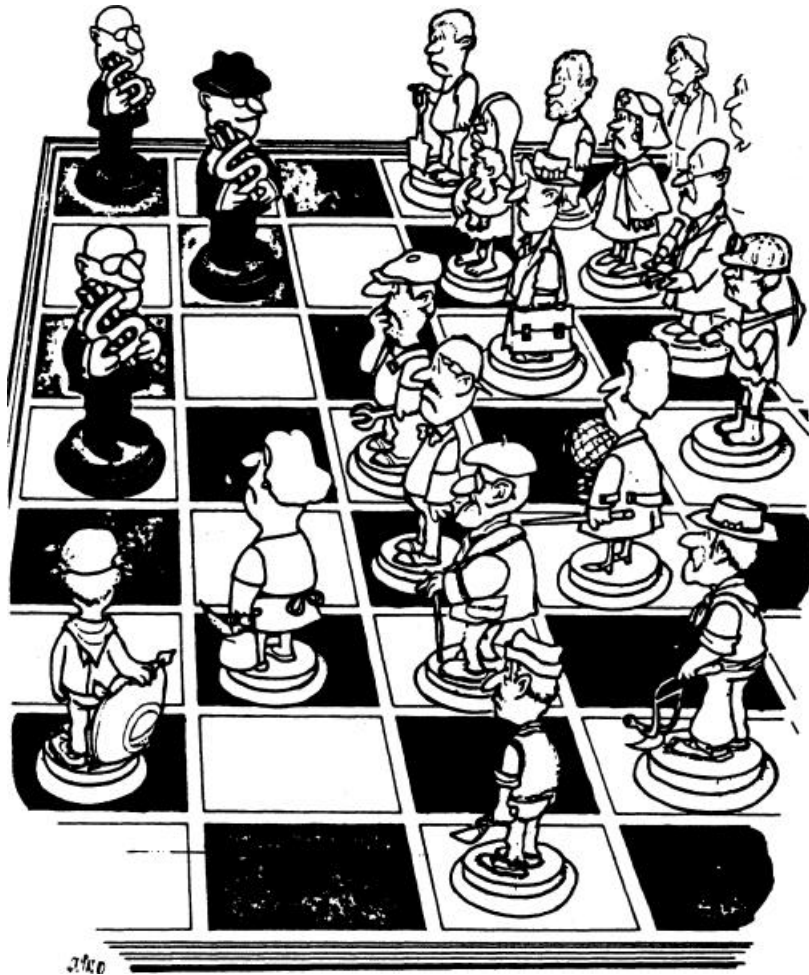
Prägendes Moment für die in den 80er Jahren nachwachsende Generation ist die Verlängerung und strukturelle Veränderung der Jugendphase als eigenständiger Lebensabschnitt, der sich vor dem Hintergrund der Sozialstaatsentwicklung unter dem Reformdruck der Arbeiterinnenbewegung in den 70er Jahren herausgebildet hat. Mit einer längeren Verweildauer der Jugendlichen im Bildungssystem erfolgte die zeitweilige Herausnahme der Jugendlichen aus dem Produktionsprozeß. Gleichzeitig konnte eine teilweise materielle Absicherung erkämpft werden, die für einen größeren Teil von Jugendlichen eine von Eltern und Erwerbsarbeit unabhängige eigenständige Lebensführung ermöglicht.

Vor diesem Hintergrund hat die elterliche Familie als „Sozialisationsagentur“, aber auch die direkte Erfahrung von Klassenkonflikten im Betrieb für die politisch-ideologische Zuordnung von Jugendlichen an Bedeutung verloren, während gleichzeitig jugendspezifische Stilrichtungen und Moden entstanden und generationsspezifische sozio-kulturelle Milieus an Bedeutung gewonnen haben. Dies bietet die Grundlage für die Herausbildung veränderter Wertorientierungen und Anspruchskonzepte in der Jugend.

Die Herausnahme aus dem Produktionsprozeß, Sozialstaatsentwicklung, Auflösung traditioneller proletarischer Milieus und der Wandel der Lebensweise schlagen sich nieder in einer historischen Tendenz der Individualisierung, die weitreichende Konsequenzen für den Prozeß der Klassenformierung in der jungen Generation hat.

Die Bedeutung des Reproduktionsbereiches für die Klassenformierung nimmt erheblich zu, gerade hier aber entstehen neue qualitative Ansprüche auch an politisches Engagement, die mit den Strukturen der Arbeiterinnenbewegung kollidieren. Auch dies sind Ursachen dafür, daß Jugendliche zwar Trägerinnen der neuen sozialen Bewegungen waren und sind, aber weniger Bereitschaft zeigen, sich in den Organisationen der Arbeiterinnenbewegung zu engagieren. Die Probleme der Gewerk-

schaften und der politischen Jugendverbände bei der Gewinnung von Jugendlichen sind also kein Zeichen der Auflösung oder Nivellierung von Klassenstrukturen, sondern spiegeln die dem gesellschaftlichen Umbruch entsprechenden Umgruppierungen *der* Klassenformierung wider.



Schwarz hält weiß in Schach

2.5 Entwicklung des politischen Systems der BRD

These 29: Soziales und politisches Bewußtsein

Mit den Veränderungen der Produktions-, Arbeits- und Lebensweise, der ökonomischen und sozialen Strukturen haben sich auch die Bedingungen verändert, unter denen sich gesellschaftliches Bewußtsein herausbildet. Dies betrifft auch den zentralen Punkt die Herausbildung des Klassenbewußtseins, also des Bewußtseins um den grundlegenden sozialen Gegensatz der Klassen und von den Aufgaben der organisierten Arbeiterinnenbewegung.

In den 50er und 60er Jahren hat sich bis weit in die Arbeiterinnenklasse hinein ein breiter gesellschaftlicher Konsens herausgebildet, der von der „sozialen Marktwirtschaft“ über das politische System („unser Staat“) bis hin zur außenpolitischen Einbindung in den US-Imperialismus reichte und der insbesondere durch den in der BRD besonders stark wirksamen Antikommunismus zementiert werden konnte.

Zwar bleibt das Bewußtsein sozialer Abhängigkeit vom Kapital, geringer politischer Einflußmöglichkeiten für die Masse der Bevölkerung und der Notwendigkeit der Gewerkschaften erhalten. Doch wurden entsprechende Anforderungen an eine sozialstaatlich-gewerkschaftlich geprägte Politik erst Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre auf breiter Front unterstützt.

Hierbei traten nicht nur soziale Gegensätze und Konflikte stark ins Bewußtsein, was insbesondere in Kernbereichen der Arbeiterinnenklasse (v.a. Metallindustrie) auch wachsende Kampfbereitschaft nach sich zog. Die Entwicklung von Klassenbewußtsein hat sich auch immer mehr mit demokratisch-emanzipatorischen Bewußtseinsformen und Ansprüchen verknüpft, die von neuen lohnabhängigen Schichten (Intelligenz u.a.), von Jugendlichen und Frauen besonders stark entwickelt worden sind. Gleichzeitig sind traditionell-konservative Einstellungen (spießbürgerliche, klerikale, obrigkeitstaatliche usw.), auf die sich die frühere Hegemonie der CDU stützen konnte, zurückgedrängt worden.

Insgesamt ist das soziale und politische Bewußtsein in den letzten 20 Jahren in Bewegung geraten: Formen des sozialen Klassenbewußtseins und demokratisch-emanzipatorische Ansprüche gehen einher mit modernen Formen ständischen oder gar elitären Bewußtseins in einigen lohnabhängigen Sektoren. Auch kleinbürgerlich-bourgeoise Werthaltungen sind noch massenhaft vorhanden. In ihren reaktionären Ausprägungen bilden sie den Nährboden für latenten und offenen Faschismus, der — siehe die französische Entwicklung — gerade in Zeiten der Krise und des Umbruchs neue Ansatzpunkte findet.

These 30: Legitimation und Herrschaft

Die globalen und gesellschaftlichen Krisenprozesse haben — vermittelt über sozial-kulturelle und ideologische Veränderungen — auch dazu geführt, daß wachsende Teile der Bevölkerung den staatlichen Apparaten und Funktionen mit großer Skepsis gegenüber treten.

Offenkundig sind Legitimation und Autorität des Staates gegenüber der Gesellschaft ebenfalls in eine Krise geraten, deren objektive Grundlage in der ökonomisch-sozialen Regulierungskrise zu sehen ist: Der Klassencharakter des bürgerlichen Staates macht sich darin geltend, daß er versucht, seine Krisenlösungskonzepte mit den Interessen des Monopolkapitals abzustimmen und die wachsende „Staatsverdrossenheit“ auf der einen, Interessen an demokratischer Mitwirkung und Beteiligung auf der anderen Seite zu kanalisieren.

Gegenwärtig führt dies zum Ausbau der repressiven Staatsfunktion (Strafrecht, Polizei, Militär usw.), die — z.B. im Arbeitsrecht — auch die soziale Regulierung zunehmend prägt. Noch wichtiger ist aber die ideologische Einbindung von Indivi-

dualitäts- und Solidaritätsvorstellungen in der Bevölkerung, indem traditionelle ideologische Funktionen und Apparate — Kirche, Familie, Vereine usw. — mobilisiert (Gemeinschaftlichkeit) und moderne ideologische Funktionen und Apparate — insbesondere neue Medien, kommerzielle Freizeitangebote — gefördert werden (individuelle Freiheit). Diese Tendenzen sind offenbar sehr widersprüchlich und überlappen sich. Dies wird deutlich in der Ausrichtung des Bildungswesens auf „traditionelle Werte“ und „moderne Einstellung“.

Als grundlegende Bestrebung ist eine Arbeitsteilung zwischen unmittelbar-staatlicher Repressions- und öffentlich geförderter, halb staatlicher und kommerzieller Integrationsfunktion festzustellen. Mit dieser in den staatlichen, halbstaatlichen und öffentlich geförderten Apparaten betriebenen Tendenz soll der Freiraum für monopolorientierte Krisenlösungskonzepte geschaffen werden. Brennpunkt und mögliche Bruchstelle ist die regionale bzw. kommunale Ebene: Denn die Kommunen mit ihrer sozialstaatlichen Funktion werden zum wichtigsten Opfer dieser Veränderungen in Aufbau und Funktionsweise des bürgerlichen Staates.

These 31: Gewerkschaften zwischen Autonomie und Anpassung

Die Gewerkschaften sind der umfassende Zusammenschluß der Lohnabhängigen und ihr organisierendes Zentrum innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die Aktualität der zentralen Rolle der Arbeiterinnenbewegung für gesellschaftlichen Fortschritt mißt sich daher insbesondere an der Entwicklungsfähigkeit der Gewerkschaften. Im Kampf für eine gesellschaftliche Wende nach links kommt ihnen aufgrund ihrer Massenverankerung, dem Charakter als soziale und politische Einheitsorganisation, ihrer Organisationskraft und Kampferfahrung die Schlüsselrolle zu. Diese Rolle können sie jedoch nur ausfüllen, wenn sie ihre Autonomie stärken und zugleich ihre innere Modernisierung konsequent vorantreiben.

Die Entwicklung der Gewerkschaften in den 80er Jahren verlief widersprüchlich: Die andauernde ökonomische Krise und der massive Sozialabbau erforderten eine zunehmende Loslösung aus sozialpartnerschaftlich-staatstragenden Rücksichtnahmen. Gewerkschaftsautonome Positionen gewannen an Einfluß. Nach einer Phase harter Konfrontation in den ersten Jahren der Rechtsregierung sind aber inzwischen Versuche der Einbindung von rechts und der Wiederbelebung von Sozialpartnerschaft insbesondere in ungebrochen traditionell geprägten Einzelgewerkschaften durchaus erfolgreich. Traditionalismus und organisationspolitische Unfähigkeit (insbesondere beim Zusammenbruch der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen) waren darüberhinaus „hausgemachte“ Gründe für eine Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften.

Dennoch haben sich die Gewerkschaften in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als wichtigste und organisierteste fortschrittliche Kraft gestärkt und politisiert. Wenn auch unter Mühen und Widersprüchen, so wurden doch die Querverbindungen zu den anderen Bewegungen ausgebaut. In der Sozialdemokratie ist der Einfluß der Gewerkschaften auch auf die innerparteiliche Willensbildung angewachsen.

Dieses neue Profil der Gewerkschaften ist in sozialen Kämpfen gewachsen, in denen die Verteidigung sozialer Rechte und Errungenschaften mit der Besetzung gesellschaftlicher Zukunftsfelder verbunden wurde, insbesondere in den Tarifikämpfen um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In den nächsten Jahren wird es daher für die Gewerkschaften darauf ankommen, aus den weiter notwendigen Abwehrkämpfen heraus eine moderne Gewerkschaftspolitik zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund der Umbrüche in der Klassenformierung und der Lebensweise geht es zunächst um eine qualitative Erweiterung des „klassischen“ Kampffelds der Tarifpolitik und der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse durch Forderungen nach weiterer Arbeitszeitverkürzung und Zeitsouveränität für Arbeitnehmerinnen. Vereinheitlichung und volle soziale Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse, Erweiterung der Mitbestimmung und Erhöhung der Qualifikation.

Die Verankerung bei Frauen und Jugendlichen und in den neuen Kernbereichen der Arbeiterinnenklasse (Angestellte, Ingenieure etc.) muß weiter erhöht werden. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die offensive Besetzung des Feldes der Individualität

Schließlich muß die Rolle als politische Interessenvertretung aller Lohnabhängigen ausgebaut werden, indem einerseits die wirtschafts-, Struktur- und sozialpolitischen Konzepte zu einem Gesamtkonzept alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik gebündelt werden, andererseits die Probleme der Friedenssicherung, *der* Ökologie, der Bildungs- und Ausbildungsreform usw. in dieses Konzept integriert werden.

These 32: Aufschwung und Krise der Bewegungen

Die wesentliche Veränderung der vergangenen 20 Jahre im Geflecht von Politik und Gesellschaft ist der Strukturwandel in den sozialen Bewegungen. So haben sich die Merkmale der Umbruchperiode vor allem in der Entwicklung und Ausfächerung der demokratischen Bewegungen niedergeschlagen.

Angefangen mit *der* Studentinnen- und Bürgerinneninitiativbewegung über die Frauenbewegung bis hin zur Friedens- und ökologiebewegung und eng verknüpft mit alternativen und demokratischen Lebensformen und Kulturinitiativen sind die demokratischen Bewegungen ein realer Machtfaktor geworden — mit großer Ausstrahlung im christlichen und bürgerlich-liberalen Bereich und als reale Alternative zu den Massenstrukturen, auf die sich die Rechtskräfte stützen können (große Teile der Kirchen, der Bauernverbände, Vertriebenenverbände, konservative Frauenorganisationen usw.).

Die demokratischen Bewegungen haben ihre Basis in lokalen Initiativen und in den traditionellen und neuen fortschrittlichen Organisationen, wo Angehörige unterschiedlicher sozialer Schichten zusammenarbeiten, und sind somit politische und soziale Bündnisse.

Ein Teil der politischen Anliegen der demokratischen Bewegungen ist zwar in der Arbeiterinnenbewegung und in fortschrittlichen bürgerlichen, liberalen und christlichen Strömungen tradiert. Neu ist bzw. war jedoch die massenhafte Politisierung insbesondere von Jugendlichen, Frauen und neuen lohnabhängigen Zwischenschichten. ökonomische Prosperität, Ausbau des Sozialstaates und des Bildungssystems führten zu einem tiefgreifenden Wandel der Lebensweisen und Wertorientierungen, die sich in wachsende politische und soziale Ansprüche umsetzen.

Die Dominanz der Kapitalinteressen im staatlichen Handeln, verschärft unter den Bedingungen der ökonomischen Krise, zerstörte seit Mitte der 70er immer stärker die Hoffnung auf staatliche Reformen, wirkte als mobilisierender Faktor zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung und unterstützte so die Entstehung und Ausbreitung außerparlamentarischer Bewegungen.

Die Organisationen der Arbeiterinnenbewegung waren zunächst nicht in der Lage, in dem sich neu politisierenden Spektrum hegemonial zu wirken, sie wurden im Gegenteil mit dem herrschenden System identifiziert.

Die demokratischen Bewegungen haben somit zwar Massencharakter gewonnen und sind ihren — an Staat und Kapital gerichteten — Ansprüchen nach auch objektiv antikapitalistische Bewegungen. Der Bezug zur Arbeiterinnenbewegung und damit auch ihre gesamtgesellschaftliche Stoßkraft blieb aber bruchstückhaft.

Es ist auch nicht gelungen, die Entwicklung der Bewegungen in eine mehrheitsfähige Reformkonstellation im parlamentarischen und Parteiensystem umzusetzen. Fehlende Durchsetzungsperspektiven und die massive Politik der Rechtsregierung gegen die Bewegungen und gegen demokratisches Engagement überhaupt haben zu Resignations- und Rückzugstendenzen und zu einem Abbröckeln der Massenmobilisierung und der Schlagkraft der Bewegungen geführt.

These 33: Differenzierungen im Parteiensystem

Die bedeutendste Entwicklung im Parteiensystem auf Seiten der Linken war die Erosion der sozialdemokratischen Macht- und Monopolposition. Die Wirkung der ökonomischen Krise und die Abkehr von *der* Reformpolitik sowie die Umwälzung der Klassenstruktur und der Lebensweise und die mangelnde Einstellung der sozialdemokratischen Partei darauf waren wesentliche Ursachen für die Etablierung der GRÜNEN, die zudem am stärksten vom Aufschwung der neuen sozialen Bewegungen profitierten. Die SPD büßte damit nicht nur ihre fast 30 Jahre lang bestehende Rolle als einzige linke Parlamentspartei ein, sondern verlor auch an Integrationskraft im außerparlamentarischen Bereich.

Die Zerklüftungen auf der Linken unterstützten den neokonservativen Vormarsch, der durch den Rechtskurs der FDP ermöglicht wurde. Die „Wende“ und der Regierungswechsel 1982 wurden von einem relativ geeinten Rechtsblock vollzogen, in den nur einige wenige Sozialliberale nicht integrierbar waren. Die hegemoniale Einheit von Konservativen und Liberalen ist jedoch längst wieder brüchig geworden. Dies zeigt sich sowohl in den Schwierigkeiten, in der praktischen Regierungspolitik gemeinsame Positionen zu finden, wie in den zunehmenden Ausfaserungen am rechten Rand des Parteienspektrums, wo sowohl neonazistische wie wertkonservativ-reaktionäre Strömungen und Parteien an Bedeutung gewonnen haben.

Entscheidend für die weitere Entwicklung ist, daß traditionelle Wählerinnenbindungen nachgelassen und fehlende Problemlösungskompetenz sowie politische Skandale zu einer Legitimationskrise des gesamten Parteiensystems geführt haben. Die Spielräume für den Hegemonialkampf sind dadurch größer geworden. Der Umgruppierungsprozeß in der politischen Landschaft ist alles andere als abgeschlossen, denn er ist in die ökonomischen, sozialkulturellen und politischen Umstrukturierungen eingebunden, die in den 90er Jahren weiter voranschreiten werden.

These 34: Formierungsprozesse in der Sozialdemokratie

Die westdeutsche Sozialdemokratie (die SPD, nahestehende Organisationen, Anhängerinnen in Bewegungen und Milieus) hat in den vergangenen 30 Jahren einen grundlegenden Wandel in ihren sozialen, kulturellen und politischen Strukturen durchgemacht und sich dabei bis heute als mit Abstand stärkste Kraft der Linken behaupten können. Der wesentliche soziale Inhalt dieses Wandels bestand in der Öffnung gegenüber neuen Schichten der Arbeiterinnenklasse, vor allem aber gegenüber den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz.

In dieser Öffnung waren schon immer zwei sich widersprechende politische Tendenzen enthalten: die Tendenz zur Anpassung an die herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen (vor allem durch sozialdemokratische Teile der Staatsbürokratie verkörpert) und die Tendenz zu einer demokratisch-emanzipatorischen Veränderung dieser Strukturen (vor allem durch sozialdemokratisch orientierte Teile der Bewegungen repräsentiert).

Diese beiden Tendenzen sind in den vergangenen Jahrzehnten in unterschiedlichem Maße zum Zuge gekommen. Auch wenn die prokapitalistisch-integrative Anpassung der 60er Jahre der SPD bürgerliche Reputation verschaffen konnte, so beruhte ihr politischer Durchbruch Anfang *der 70er Jahre* doch im wesentlichen auf dem gewerkschaftlichen und demokratisch-emanzipatorischen Aufbruch, der zu starkem Mitgliederzuwachs insbesondere unter den jüngeren Teilen der Arbeiterinnenklasse, der lohnabhängigen Mittelschichten und vor allem der Intelligenz führte. Umgekehrt war die sozialdemokratische Anpassungsstrategie unter Helmut Schmidt mit einer stark gestiegenen Vormachtstellung der sozialdemokratischen Staatsbürokratie (inclusive Fraktionsspitzen) und einer wachsenden Distanz zwischen Partei und Bewegungen verbunden, was erheblich zur Erosion des sozialdemokratischen Einflusses unter den Anfang der 70er Jahre gewonnenen sozialen Schichten beitrug.

Mit der sozialen Öffnung der Partei war auf der anderen Seite eine Lockerung der Parteiverankerung in den traditionellen Sektoren der Arbeiterinnenklasse und gegenüber den Gewerkschaften verbunden. Gleichwohl zeigen die politischen Prozesse bis zum heutigen Tage (bei Wahlen wie auch bei sozialen Konflikten), daß die gewerkschaftlich organisierten Teile der Klasse den mit Abstand solidesten und häufig entscheidenden Grundpfeiler der Sozialdemokratie darstellen. Doch auch hier wirkten in der Vergangenheit zwei unterschiedliche Tendenzen, die der sozialpartnerschaftlichen Anpassung auf der einen, die der gewerkschaftlichen Mobilisierung auf der anderen Seite. Auch wenn die Gewerkschaften im Parteileben keine unmittelbar große Rolle spielen, so zeigen doch Ereignisse wie der ÖTV-Streik von 1974 oder die DGB-Aktionen 1982, welche Bedeutung sie letztendlich für die zentralen politischen Weichenstellungen haben.

Die heutige Sozialdemokratie steht vor dem Problem, daß sie im Staatsapparat wie auch an der sozialen Basis erheblich an Einfluß verloren hat. Sie ringt darum, die verschiedenen sozialen und politischen Faktoren einer reformorientierten Volkspartei neu zu ordnen, was sich im verdeckten und offenen Ringen verschiedener Strömungen und Tendenzen in der Partei niederschlägt:

- Die traditionell-integrationistische Strömung steht für konservative Positionen in Fragen der Rechts- und Außenpolitik und verteidigt konventionelle Sozialstaats- und Sozialpartnerschaftsgedanken. Gestützt auf Teile der Staatsbürokratie und des rechten Gewerkschaftsflügels gruppiert sich diese Strömung vornehmlich im „Seeheimer Kreis“, der in der Vergangenheit an Einfluß verloren hat
- Stattdessen ist der sozialliberale Integrationismus zur einflußreichsten Tendenz in der Sozialdemokratie aufgestiegen. Der moderne Sozialliberalismus verbindet emanzipatorisch-aufgeklärte Positionen in der Rechts-, Außen- und Kulturpolitik sowie der Ökologie mit einem eher liberalen Verständnis der Wirtschafts- und Sozialpolitik. In dieser Strömung finden sich zunehmend frühere „Rechte“ wie auch „Linke“. Ihr Rückhalt besteht vor allem in modernen lohnabhängigen Schichten und ihnen verbundenen Teilen der Staatsbürokratie.
- Über eine ähnliche soziale Basis verfügt der ethisch-ökologische Sozialismus, der seine emanzipatorischen Ziele vor allem moralisch herleitet, dabei aber rigorosere wirtschaftspolitische Eingriffe fordert als der Sozialliberalismus. Diese Strömung setzt mehr am Selbstverständnis vieler aktiver Parteimitglieder an, als daß sie über größere Einflußpositionen in der Parteiführung oder der Staatsbürokratie verfügt.
- Der marxistisch geprägte Sozialismus, der sich vor allem aus marxistisch orientierten Teilen der Intelligenz und aus dem Bereich der Gewerkschaftslinken rekrutiert, geht von der Notwendigkeit klassenorientierter Eingriffe in den ökonomischen Prozeß aus und hebt dazu insbesondere die Rolle der Gewerkschaften in den sozialen Bewegungen hervor. Als politischer Zusammenhang hat diese Tendenz in der Vergangenheit nicht existiert.

Diese Tendenzen sind nicht gegeneinander abgeschottet, sondern befinden sich in einer Bewegung, aus der gegenwärtig der Sozialliberalismus gestärkt hervorgeht (in der nationalen und in der internationalen Sozialdemokratie) — mit dem Kooperationsprojekt von "aufgeklärtem Wachstumskapital" und emanzipatorisch gesinnten modernen lohnabhängigen Schichten als sozialem und politischem Kern.

Offen ist demgegenüber, ob sich in der gesellschaftlichen Linken und in der Sozialdemokratie eine moderne, gewerkschaftlich orientierte sozialistische Strömung etablieren kann, die in die gesellschaftlichen Umbrüche der 90er Jahre eingreift und als hegemonialer und bündnisfähiger Faktor wirksam wird. Der Blick auf andere sozialistische Kräfte — insbesondere bei den Grünen und der DKP — offenbart die tiefe Krise der gesamten sozialistischen Tendenz in der BRD. Umsomehr hängt davon ab, ob eine Regeneration der SPD-Linken gelingt.



3. Ziele

3.1 Aufgaben und Herausforderungen

These 35: Reform und Revolution heute

Das offenkundige Spannungsverhältnis zwischen einer erneuerten sozialistischen Perspektive und der aktuellen gesellschaftlichen Situation verdeutlicht das strategische Grundproblem:

Es gilt, die Etappen der künftigen Entwicklungen und Kämpfe zu bestimmen — die Schritte, über die eine Annäherung an das sozialistische Ziel stattfinden kann. Es stellt sich die alte Streitfrage der Arbeiterinnenbewegung nach dem Verhältnis von Reform und Revolution.

Unter den Bedingungen eines hochentwickelten Monopolkapitalismus mit bürgerlich-demokratischer Verfassung und sozialstaatlicher Prägung und der Zuspitzung der globalen Probleme steht die sozialistische Linke vor einer doppelten Aufgabe:

Aufgrund der ökonomischen Dynamik des kapitalistischen Systems und der gesellschaftlichen Stärke des Monopolkapitals kann der Übergang zum Sozialismus auch in Zukunft nur als grundlegender Bruch mit der ökonomischen Logik und der Macht des Kapitals und in einer Periode zugespitzter Klassenkämpfe vollzogen werden. Hier liegt eine tiefgreifende Differenz zu reformistisch begrenzten Strategien. Diese Differenz wird aber dadurch relativiert, daß der moderne Kapitalismus mit ökonomisch-sozialen Regulierungsformen, mit kollektiv-sozialstaatlichen Strukturen und realen Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie verbunden ist und daß die globalen Probleme einen Handlungsdruck erzeugen, der die Einleitung von Lösungsschritten schon heute — also unter den Bedingungen der System- und Klassengegensätze — zwingend erfordert.

Der Übergang zum Sozialismus kann in den kapitalistischen Metropolen nur unter umfassender Bewahrung und Weiterentwicklung dieser zivilisatorischen Errungenschaften — und das heißt auf friedlichem und demokratischem Wege — vollzogen werden.

Dieser Übergang beinhaltet, daß die ökonomischen Machtzentren in gesellschaftliches Eigentum überführt, demokratische volkswirtschaftliche Planung und Lenkung etabliert, die staatlichen Strukturen gegenüber der Gesellschaft geöffnet und neue gesellschaftliche Machtorgane geschaffen werden. Dieser Bruch mit der alten Gesellschaftsordnung ist in eine längere Übergangsphase eingebunden. Gerade unter den heutigen Bedingungen besteht die Hauptaufgabe nicht darin, sich politisch-organisatorisch auf eine „letzte Schlacht“ vorzubereiten, sondern in den ökonomischen, soziokulturellen und politischen Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft die Grundlagen für einen entwickelten Sozialismus soweit wie möglich auszubauen. Auf der unverzichtbaren Basis der eigenen Kampfkraft wird dies immer wieder auf gesellschaftliche Klassenkompromisse hinauslaufen — nicht um eines abstrakten „sozialen Friedens“ willen, sondern in Verantwortung vor den erreichten Errungenschaften und den gewachsenen Chancen für einen entwickelten Sozialismus und um die Einheit der Arbeiterinnenbewegung auf jeder Stufe der Entwicklung zu bewahren.

Hierin liegt die grundlegende Differenz zu einem „revolutionären“ Maximalismus, dessen Erfolgsaussichten gleich Null sind, weil er die Dialektik des modernen Klassenkampfes ignoriert. Unter den heutigen Bedingungen wird es objektiv möglich und notwendig, das Verhältnis zwischen Reformismus und revolutionärem Sozialismus in seiner produktiven Dialektik zu begreifen und weiterzuentwickeln. Konkreter Bezugspunkt sind die vor uns liegenden Aufgaben in den 90er Jahren: Nur wenn es der Arbeiterinnenbewegung gelingt, sich in die nächste Phase kapitalistischer Entwicklung „einzuschreiben“, eröffnet sich auch die Perspektive der ökonomischen und politischen Entmachtung des Monopolkapitals und des Sozialismus.

These 36: Aufgaben der Linken in den 90er Jahren

In der gegenwärtigen Etappe der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geht es als Bedingung für alle weiteren Schritte darum, die neokonservative Hegemonie zu brechen und die Bedingungen für eine Wende nach links zu schaffen. Dazu notwendig ist ein Reformprojekt, das noch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wissenschaftlich-technischen in sozialen Fortschritt umsetzt, die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert und den globalen Bedrohungen begegnet. Das ist auch der einzige Weg, die objektiven wie subjektiven Bedingungen und Potenzen für weitergehende Umgestaltungen zu entwickeln. Entscheidender Bezugspunkt sind die Lebensansprüche und Bedürfnisse der Menschen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Nur als eine fortschrittliche und moderne Kraft, die den Risiken der Produktivkraftentwicklung deren zivilisatorische und emanzipatorische Möglichkeiten gegenüberstellt, wird die Linke hegemoniefähig werden.

Gegenüber früheren Entwicklungsabschnitten wird hierbei die Entfaltung der Individualität einen deutlich höheren Stellenwert erlangen. Die dabei anstehenden Fragestellungen weisen immer mehr über den unmittelbaren, ökonomisch vorgegebenen Klassenzusammenhang hinaus: An allererster Stelle gilt dies für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse und die Frauenemanzipation. Aber auch unter diesen Bedingungen ist ein ökonomisches Programm der Regulierung unabdingbar — mit A. Gramscis Worten: „Eine geistige und moralische Reform muß an ein ökonomisches Reformprogramm gebunden sein; darüberhinaus ist das ökonomische Reformprogramm genau der konkrete Weg, auf dem die geistige und moralische Reform präsentiert wird.“

These 37: Bewältigung der globalen Probleme

Grundbedingung und entscheidende Aufgabe sozialistischer Politik in den 90er Jahren und darüberhinaus ist die Durchsetzung wirksamer Maßnahmen, um die drängenden globalen Probleme zu bewältigen. Notwendig ist dazu eine strategische Herangehensweise, die das gemeinsame Überlebensinteresse in klassen- und systemübergreifende Bündnis- und Zusammenarbeitsformen umzusetzen versucht. Dieser strategische Ansatz der "Koalition der Vernunft" zielt darauf, weit über die

Linke hinaus Einfluß zu nehmen, Bündnispartnerinnen zu gewinnen. Zwischen- und Teillösungen auf der Basis von Kompromissen durchzusetzen und die Gegnerinnen eines neuen Denkens und Handelns zurückzudrängen. Der „Kampf um Kooperation“⁶ muß als eine zentrale Form des modernen Klassenkampfes begriffen werden, da in ihm die Arbeiterinnenklasse die Zukunftsinteressen der Menschheit unmittelbar wahrnimmt.

Die enge Verknüpfung der verschiedenen globalen Probleme sowie die knappe Zeit zur Abwendung unmittelbarer Bedrohungen erfordern ein gleichzeitiges Ansetzen an allen Problembereichen. Aktuelle Sofortmaßnahmen können dabei nur erste Schritte sein. Eine neue Qualität internationaler Gestaltung und Regulierung durch weitreichende globale Strukturreformen ist notwendig:

Schlüsselfrage ist die Friedensfrage. Die Verhinderung von Krieg, der Abbau von Massenvernichtungsmitteln und die drastische Senkung der Rüstungsausgaben sind Voraussetzung für die weitere Existenz der Menschheit und zur Lösung der anderen globalen Probleme. Hier bestehen durch das Wirken der Friedensbewegung und die Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow die größten Bündnis- und Einflußmöglichkeiten, um die Militär-Industrie-Komplexe und die aggressivsten imperialistischen Kräfte zurückzudrängen. Abrüstung und Sicherheitspartnerschaft würden die materiellen und ideellen Ressourcen für weitere globale Strukturreformen freisetzen.

Im Mittelpunkt der Bestrebungen zur Entwicklung der sogenannten 3. Welt muß der Aufbau einer neuen Weltwirtschaftsordnung durch vollständige Entschuldung der Entwicklungsländer, die Sicherung stabiler Deviseneinnahmen sowie die Entwicklung der heimischen Produktion und der inneren Märkte stehen. Die Forderung nach Entwicklung der sogenannten 3. Welt ist wiederum eine Bedingung, um im globalem Maßstab zu einer Lösung der Energie-, Ressourcen- und Umweltprobleme zu kommen. Nur im Zusammenhang mit Entwicklung ist Rücksichtnahme auf ökologische Erfordernisse durchsetzbar.

Letzlich geht es um die globale Durchsetzung eines modernen Produktivkraftsystems, das möglichst wenig Eingriffe in natürliche Stoff- und Energiekreisläufe bedingt und möglichst geringe Anwendungsrisiken mit sich bringt. Das schließt großangelegte internationale Kooperationsprojekte und die dazu notwendige politische Stabilität im Sinne des Ausschlusses militärischer Konfliktaustragung ein.

These 38: Die ökologische Herausforderung

Die größte innovative Herausforderung unserer Zeit besteht in der Aufgabe, den ökologischen Raubbau an den natürlichen Ressourcen, an der Umwelt und unserer eigenen menschlichen Natur einzustellen und eine naturverträgliche Produktionsweise durchzusetzen.

Der bisherige Wachstumstyp hat ungeahnte Umwelt- und Gesundheitsschäden mit sich gebracht. Boden, Wasser und Luft, Werkstoffe und Nahrungsmittel, Flora und Fauna und der Mensch sind derartig belastet, daß langanhaltende gesellschaftliche Anstrengungen der Sanierung und Entgiftung erforderlich sind.

Gleichzeitig ticken weitere ökologische Zeitbomben (z.B. unkalkulierbare Klima- veränderungen und riskante genetische Manipulationen). Mit der weiteren Ausbreitung der Bio- und Gentechnologien drohen unwiderrufbare Störungen natürlicher Kreisläufe, der Artenvielfalt und des menschlichen Lebens. Die Risiken wachsen schneller als die Fähigkeit, sie sozial und technologisch zu beherrschen.

Jede Produktion, Verwandlung und Verwendung von Energie belastet in der einen oder anderen Weise die Umwelt. Zwischen den Zielen „Naturschutz“ und „Energieversorgung“ besteht insoweit ein wahrhaft natürlicher Widerspruch, der nur durch eine radikale Umstellung der Energiebasis entschärft werden kann.

Kein Weg führt daran vorbei, neben der Energieeinsparung so schnell und umfassend wie möglich auf regenerative Energiequellen umzusteigen. Nach heutigen Kenntnissen sollte die Solarwasserstoffherzeugung im Zentrum der künftigen Energiebasis stehen. Dies ist ohne Zweifel ein gewaltiges Investitionsprojekt der Zukunft

Auf der anderen Seite müssen Agrarwirtschaft und Industrie entgiftet und ökologisch umgebaut werden (zuerst die Chemieindustrie). Einige technologische bzw. Produktionslinien werden diesem Umbau zum Opfer fallen. Es müssen ökologische Kreisläufe auf betrieblicher, regionaler und volkswirtschaftlicher Ebene aufgebaut werden.

Am Beispiel des Verkehrswesens läßt sich zeigen, welche umfassenden Konsequenzen sich für die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur ergeben. Der Abbau des Straßenverkehrs und die massive Förderung des Schienenverkehrs bringen große volkswirtschaftliche Umstellungsprobleme mit sich.

Diese Aufgaben erfordern einen anderen Typus *der* Produktivkraftentwicklung. Mit den modernen Informations- und Steuerungstechnologien, mit dem Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnisse und Qualifikationen entstehen dafür gleichzeitig Elemente, die noch gar nicht ausreichend genutzt werden. Klar ist: Wachsende Teile der gesellschaftlichen Arbeit werden auf längere Zeit in die ökologische Reparatur und Erneuerung eingehen.

These 39: Gestaltung von Arbeit und Bedürfnissen

Das gesamte Spannungsfeld von Arbeit und Bedürfnissen ist einem nachhaltigen Strukturwandel unterworfen. Es gilt, ihn so zu steuern, daß die allgemeine Lebensqualität ansteigt. Wie wenig die vorherrschenden ökonomischen und sozialen Mechanismen dazu in der Lage sind, zeigt sich in der massenhaften Erwerbslosigkeit, im Anstieg „prekärer“ Arbeitsverhältnisse und in der sozialen Abdrängung weicher Bevölkerungsteile.

In den modernen Kernbereichen der Industrie und des Dienstleistungssektors steigen jedoch auch Qualifikationsanforderungen, ohne daß sie mit dem gegenwärtigen Bildungs- und Beschäftigungssystem hinreichend befriedigt werden könnten.

Vielfache soziale Aufspaltungen sind die Folge. Die ansteigende Frauenerwerbsquote mündet in einer neuen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zwischen "prekären" Frauenarbeitsplätzen und modernen qualifizierten Arbeitsplätzen, die fast ausschließlich von Männern besetzt werden.

Dieser Entwicklung stehen Anforderungen gegenüber, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung und der Bedürfnisstruktur ergeben: So wird die deutsche Wohnbevölkerung weiter abnehmen, während der Altenanteil gleichzeitig ansteigt. Dies und die Auflösung familiärer Strukturen (zunehmende Eigenständigkeit von Jugendlichen und Frauen) dürfte den Anteil der 1-2 — Personenhaushalte erhöhen.

Dies wirft große Umverteilungs-, Finanzierungs- und Versorgungsprobleme auf. Werden sie gelöst, so ist dies mit größeren individuellen Spielräumen verbunden. Doch dazu muß die Erwerbsquote ansteigen. Sozialstaatliche Geld- und Dienstleistungen müssen daran angepaßt werden. Denn aus heutiger Sicht besteht die Gefahr, daß auf diesem Gebiet die soziale Differenzierung zunimmt und erlangte Lebensspielräume von Frauen in neue Diskriminierungsformen münden.

In dieser Situation ist die fortschreitende Integration ausländischer Mitbürgerinnen erst recht wünschenswert. Sie stellt aber auch zusätzliche Anforderungen an die Entwicklung der Erwerbsarbeit und des soziokulturellen Sektors. Gegenüber der grassierenden Ausländerinnenfeindlichkeit formulieren wir das positive Ziel einer ethnisch pluralen BRD.

Unter dem Strich gehen diese Veränderungen keineswegs mit allgemeinen Sättigungserscheinungen in der Bedürfnisstruktur einher. Gemessen an den Lebensgewohnheiten besser verdienender Einkommensschichten gibt es große Nachholbedarf in der Bevölkerungsmehrheit. Und gleichzeitig gibt es Bedarfsverschiebungen; gewachsene Ansprüche an Produktqualität und kundengerechte Leistungen, an kulturelle Vielfalt und bequeme Lebensformen, an Zukunftsvorsorge, umweltgerechte Lösungen und soziale Dienstleistungen. Dies stellt hohe Anforderungen an das qualitative Wachstum. Die Art und Weise, wie die Produktions- und Dienstleistungs-, Infra- und Einkommensstrukturen organisiert und verteilt sind, wird dem kaum gerecht. Mögliche Steigerungen der Lebensqualität bleiben daher ungenutzt.

Die Abstimmung dieser Lebensbedürfnisse mit den ökologischen Erfordernissen, den demographischen Entwicklungen und den ökonomischen Mechanismen: dies ist die große Herausforderung für eine Zukunft, die auf gesellschaftlich sinnvolle und hochwertige Arbeit setzt.

These 40: Umbau der Volkswirtschaft

In der Nachkriegszeit standen Massenfertigung und Massenkonsum im Zentrum der kapitalistischen Wirtschaftsdynamik. Seit längerer Zeit sind die ökonomischen, ökologischen und sozialen Grenzen dieses Wachstumstyps immer spürbarer geworden, während gleichzeitig die wissenschaftlich-technischen und soziokulturellen Veränderungen schnell voranschreiten.

Nicht zuletzt mit Hilfe der modernen Steuerungs-, Informations- und Kommunikationstechnik entstehen Grundlagen, um zu einem höheren Typ von Produktion und Konsum überzugehen: zu mehr Qualität, Vielfalt und Flexibilität des Arbeitsvermögens, der Produktionsstruktur, des Angebots von Gütern und Diensten, der Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt.

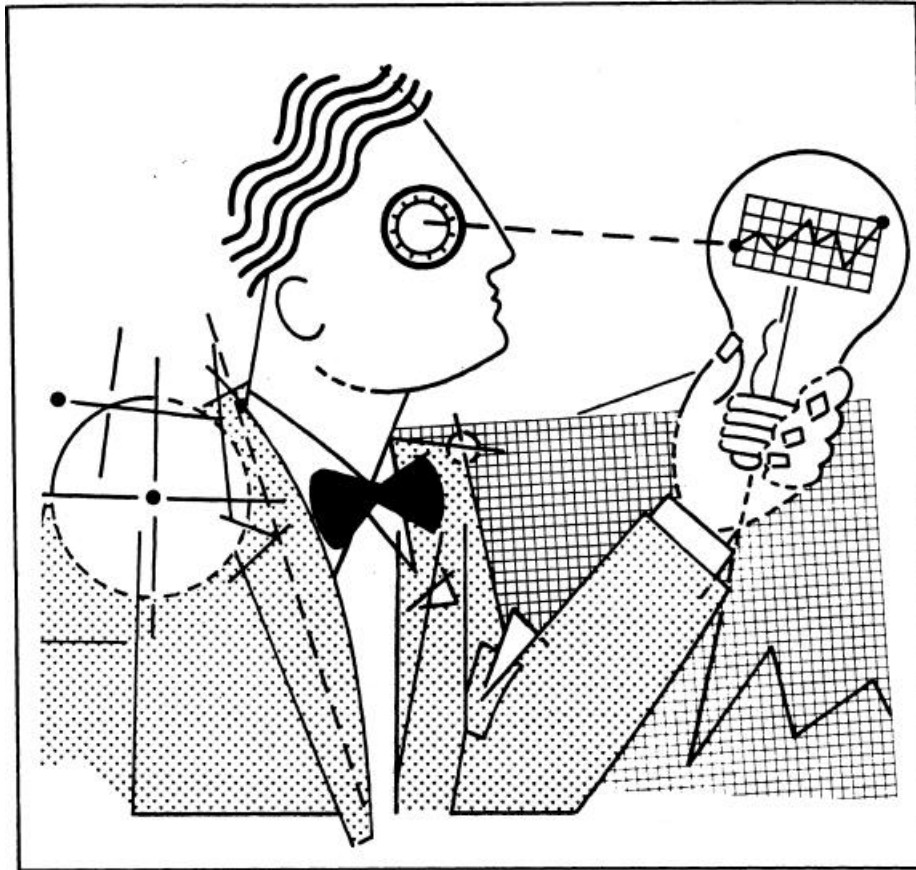
Dieses innovative Potential wird aber vielfach deformiert und blockiert. So ist die Investitionsquote deutlich gesunken. Mit den vorhandenen Investitionen wird in der Regel nur noch der Kapitaleinsatz effektiver gemacht. Statt die investive und konsumtive Nachfrage auf breiter Front auszubauen und zu vertiefen, werden vor allem Export und volkswirtschaftlich schädliche Großprojekte gefördert. Die anschwellenden Profitmassen finden keine volkswirtschaftlich sinnvolle Verwendung.

So werden riesige Potentiale an Kapital und Arbeitskräften brachgelegt oder verschwendet. Die Wirtschaftsstrukturen werden zunehmend verzerrt und aufgespalten zwischen florierenden, stagnierenden und niedergehenden Sektoren. Gleichwohl gibt es riesige Investitionsbedarfe: Bedarfe bei hochwertigen Gütern und Dienstleistungen, bei ökologisch sinnvollen Produktionsverfahren und Stoffkreisläufen, bei den kommunalen Infrastrukturen, beim Ausgleich regionaler Unterschiede, bei der Qualifizierung von Arbeitskräften, beim Umbau der Energiebasis und des Verkehrswesens usw. Diesen Bedarfen stehen große Potentiale an Arbeitskräften, an Kapital, an Wissenschaft und Technik gegenüber.

Diese Situation ist durch die neoliberale und neokonservative Wirtschaftspolitik noch verschärft worden: durch den Rückzug des Staates aus volkswirtschaftlichen Lenkungsfragen, durch die Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen, durch das Ausbluten vieler Kommunen und Regionen, durch die einseitige Exportorientierung und die Vernachlässigung binnenwirtschaftlicher Kreisläufe.

Wir stehen vor der großen Herausforderung, die brachliegenden und fehlgelenkten Potentiale ökologisch und sozial sinnvoll zu nutzen. Dazu müssen ausgewogene volkswirtschaftliche Proportionen zwischen Investitionen und Finanzanlagen, Profiten und Löhnen, Binnen- und Exportwirtschaft, Regionen und Sektoren, Industrie und Dienstleistungen hergestellt werden.

Zeigt nicht alleine diese Aufzählung, daß wir in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung von morgen mehr Flexibilität und mehr Planmäßigkeit brauchen?



3.2 Reformprojekt für die 90er Jahre

These 41: Investitionen für die Zukunft

Aus den ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen der nächsten 20-30 Jahre ergibt sich ein gewaltiger volkswirtschaftlicher Investitionsbedarf.

Es geht um den industriellen Umbau: den Übergang zur flexiblen Automation und Qualitätsproduktion, die Ökologische Erneuerung der industriellen Struktur, den Ausbau produktionsorientierter Dienstleistungen und vor allem die Ausdehnung umfassend qualifizierter Erwerbsarbeit

Es geht um Infrastrukturinvestitionen: die ökologische und soziale Erneuerung der kommunalen Infrastruktur, der Dörfer und Städte, den Aufbau einer neuen Energiebasis; die grundlegende Umstrukturierung des Verkehrssystems; die Entwicklung produktionsorientierter und sozialkultureller Dienstleistungen, eine demokratische und bürgerinnenorientierte Post- und Telekommunikation.

Schließlich verbinden sich diese beiden Investitionslinien mit dem Abbau der regionalen Disparitäten in der BRD und in der EG. Hinzu kommt, daß größere Teile des gesellschaftlichen Reichtums in Zukunft zugunsten der Entwicklungsländer verwendet werden müssen (schon allein aufgrund angestrebter gerechter Austauschverhältnisse).

Wie kann dieser Investitionsbedarf befriedigt werden? Dies geht nur, wenn die Investitionsquote wieder angehoben, die Erwerbslosigkeit abgebaut und die Frauenerwerbsquote deutlich erhöht wird. Die Hauptanstöße für das qualitative Wachstum sind im Infrastrukturbereich angelegt. Zusammen mit dem industriellen Umbau und dem Nachholbedarf großer Bevölkerungsteile an qualitativ hochwertigen Diensten und Gebrauchsgütern kann es zu langfristigen wirksamen Impulsen für die gesamte Volkswirtschaft kommen.

Angesichts der Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Ökonomie werden derartige Impulse nicht im Selbstlauf wirksam. Größer ist die Gefahr, daß sie in den konjunkturellen und strukturellen Problemen versanden oder von den Großbanken und modernen Industriekonzernen so kanalisiert werden, daß sich die „gespaltene Wirtschaftsdynamik“ verstärkt. Eine umfassende Innovation mit langfristigen Impulsen setzt voraus,

- daß die Infrastrukturaufgaben in einem Gesamtplan für ökologische und soziale Zukunftsinvestitionen zusammengefaßt werden,
- daß zur Finanzierung der Aufgaben ein Investitionsfonds gebildet wird, der sich aus Gewinnen und Höchststeinkommen speist, die bislang keine volkswirtschaftlich stimulierende Verwendung finden,
- daß sie vor allem im Rahmen der öffentlichen Regional- und Strukturpolitik, der kommunalen Selbstverwaltung und öffentlicher Betriebe durchgeführt werden,
- daß sie von hier aus wachsende Teile der investiven und auch konsumtiven Nachfrage bestimmen und private Investitionen mobilisieren.

Da wir die volkswirtschaftliche Verschwendung von Ressourcen (z.B. in der Rüstung-, der Chemie-, der Pharmazie-, der Verpackungs- und anderen Industrien) bekämpfen, müssen bestimmte Wirtschaftsbereiche schrumpfen und Ressourcen auf sinnvollere Innovationsfelder umgelenkt werden. An die Stelle des naturwüchsigkapitalistischen Aufstiegs und Niedergangs mit seinen Reibungsverlusten tritt der politisch gesteuerte Innovationszyklus. Dies erfordert ein mehr an strategischer Investitionslenkung in den Kernbereichen der Volkswirtschaft.

These 42: Der Staat als Pionier

Der Kampf um die Zentren und Knotenpunkte der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion (Erwerbssektor) und der politischen Macht (Staat) ist keine traditionssozialistische Marotte, sondern eine strategische Aufgabe unserer Zeit.

Es ist unbedingt erforderlich, die neoliberale wie auch die links-alternative Staatsfeindlichkeit zurückzuweisen. Nicht, weil wir die Augen vor den repressiven Instrumenten des Staates, vor der Amtsgewalt der Bürokratien und ihrer Indienstnahme durch Kapitalinteressen verschließen würden. Sondern, weil wir ohne den Staat die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht regulieren und die Aufgaben der Innovation nicht lösen könnten.

Unter kapitalistischen Bedingungen ergibt sich die Rolle des Staates daraus, daß die Akkumulation des Kapitals und die Reproduktion des gesamten Systems durch öffentliche Regelungen und Eingriffe gewährleistet werden müssen. Die fehlerhafte Verteilung der Akkumulations- und Reproduktionsmittel, die Brachlegung und Verschleuderung von Kapital auf der einen, Arbeitskräften auf der anderen Seite: Zeigt dies nicht, daß der kapitalistische Staat seiner Rolle nicht annähernd gerecht wird, und dies, obwohl die materiellen Grundlagen für Innovation und Investitionen und damit auch für Akkumulation vorhanden sind?

In einer mittelfristigen Perspektive muß es der Linken darum gehen, den kapitalistischen Staat in seiner Rolle als Sozial- und Infrastrukturstaat zu stärken. Die umfassenden Zukunftsaufgaben erfordern eine neue strategische Definition des Staates. Sie umfaßt:

- die Pionierrolle des Staates bei den zentralen Zukunfts- und Investitionsaufgaben und in der Lenkung des Innovationszyklus sowie eine entsprechende Bündelung der finanziellen und administrativen Mittel;
- die demokratische Delegation wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Aufgaben an soziale und regionale Körperschaften und demokratisch kontrollierte Unternehmen (insbes. öffentlich-rechtliche Kreditinstitute).

Damit kann eine flexible und effiziente Alternative zur staatlichen Profitsubventionierung wie auch zur ökonomischen Deregulierung/Privatisierung aufgebaut werden. Dies bedeutet:

1. Neben administrativen und steuerlichen Regulierungen muß das infrastrukturelle Rahmengefüge der volkswirtschaftlichen Innovation (Weiterbildung, Beratung, FE-Transfer, Information und Kommunikation) systematisch ausgebaut und öffentlich reguliert werden (durch öffentliche Institute, gewerkschaftliche bzw. „kooperative“ Einrichtungen, Integration von privaten Dienstleistern). Strategisch zielt dies vor allem auf die Umwandlung der Untemehmerkammern in Wirtschafts- und Sozialräte.
2. Die Pilotfunktion öffentlicher Betriebe und Einrichtungen auf zentralen Innovationsfeldern der Industrie und der Dienstleistungen muß zielgerichtet auf- und ausgebaut werden (entweder in Konkurrenz zu Privaten oder als sozialstaatliches Monopol). Dies setzt mehr demokratische Beteiligung in diesem Sektor voraus.
3. Eine offensive Vergesellschaftungspolitik zielt auf die Abwehr einer gespaltenen Akkumulation und die Durchführung der Innovationsprojekte. Mittelfristig erfordert dies die Vergesellschaftung von Banken und Versicherungen und die Demokratisierung strukturbestimmender Konzerne (in Form gesellschaftlichen Eigentums oder einer demokratischen Untemehmensverfassung).
4. In öffentlich-industriellen Verbundstrukturen (Komplexen: z.B. Telekommunikation) muß durch diese und weitere Maßnahmen der öffentliche und gesellschaftliche Einfluß gestärkt werden. Entsprechende Verbundstrukturen müssen auf allen zentralen Innovationsfeldern (z.B. auch: Umweltschutz; Verkehrswesen) aufgebaut werden. Mögliche Formen sind Branchen- bzw. Infrastrukturräte und sektorale Investitionsfonds.
5. Eine flexible Finanz-, Geld- und Währungspolitik muß die Pionierrolle des Staates unterstützen. Erforderlich ist es, die Autonomie der Bundesbank aufzuheben und zusammen mit öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten und Investitionsfonds die vorhandenen Spielräume für eine nationale Politik der Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit konsequent auszuschöpfen.

Die Linke greift damit zielgerichtet in die künftigen Akkumulationsbedingungen des Kapitals, in das Verhältnis von einzel- und gesamtwirtschaftlichen Interessen, in den Konflikt zwischen finanzkapitalistischer und öffentlicher Lenkung ein. Sie kämpft dabei um reformpolitische Spielräume und Stützpunkte für eine sozialistische Perspektive.

These 43: Gemeinsames Haus Europa

Die Perspektiven globaler Strukturreformen und des volkswirtschaftlichen Umbaus müssen in einer europäischen Strategie zusammengeführt werden. In einer Zeit, in der die weltwirtschaftliche Hegemonie der USA immer brüchiger wird und die bipolare Blockkonfrontation USA-UdSSR an Bedeutung verliert, erfährt Europa einen Bedeutungsgewinn in den Beziehungen von Ost und West, Nord und Süd, in einer zunehmend multipolaren Welt. Eine moderne sozialistische Perspektive geht von diesem Bedeutungsgewinn aus und setzt auf den Gedanken eines „gemeinsamen europäischen Hauses“, also

- auf die militärisch-politische Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost- und Westeuropa auf der Basis struktureller Nichtangriffsfähigkeit,
- auf die bevorzugte und umfassende ökonomische, technologische und soziokulturelle Kooperation zwischen den Ländern der EG und des RGW,
- auf gemeinsame Infrastrukturprojekte auf den Gebieten der Ökologie, der Energieversorgung, des Verkehrs- und Transportwesens u.a.m.,

- auf eine gesamteuropäische Solidarität mit den Ländern der südlichen Halbkugel und deren bevorzugte Einbeziehung in die europäischen Projekte und Außenwirtschaftsbeziehungen.

Diese Perspektive geht über die EG hinaus und will Gesamteuropa zu einem fortschrittlichen und friedlichen Machtzentrum in einer weltweiten multipolaren Kooperation entwickeln. Die europäische Linke muß die Aspekte der Konvergenz zwischen den Systemreformen in Ost und West, zwischen einem demokratisch-reformierten Sozialismus und einem ökologisch-sozialstaatlich geprägten Kapitalismus herausarbeiten. Daraus kann die langfristige Perspektive für ein modernes demokratisch-sozialistisches Gesamteuropa entstehen.

Vor diesem Hintergrund muß sich die EG-Linke formieren und zu gemeinsamen Konzepten finden, die sich zunächst einmal gegen zwei gefährliche Tendenzen richten:

- gegen eine EG, in der die ökonomische Regulierung durch multinationale Konzerne mit einer Deregulierung der Sozialbeziehungen und einer Schwächung der Arbeiterinnenbewegung einhergeht,
- und gegen eine EG, in der das französische Militärpotential und die ökonomische Stärke der BRD in einem potentiell aggressiven imperialistischen Machtblock zusammengeführt werden.

Stattdessen kommt es darauf an, vor allem die vielfältigen Möglichkeiten der BRD dafür einzusetzen, daß sich ein westeuropäischer Sozialraum bildet und daß sozialstaatliche und ökonomische Regelungen auf möglichst hohem Niveau harmonisieren und ausgebaut werden. Diese komplizierte Aufgabe erfordert ökonomische Spielräume in der Gesamt-EG und ökonomische Transaktionen innerhalb der EG. Erforderlich sind ein Zukunftsinvestitionsprogramm und eine Investitionslenkung, die sich vor allem auf die Entwicklung des Mittelmeerraumes konzentrieren müssen. Mindestbedingungen für eine fortschrittliche Entwicklungsperspektive der EG sind:

- die Einführung der gewerkschaftlichen Unternehmensmitbestimmung auf der EG-Ebene,
- die Koordination der öffentlichen Betriebe der EG-Staaten, insbesondere im Kreditsektor,
- die Schaffung einer öffentlich kontrollierten EG-Zentralbank,
- der Ausbau *der* EG-Struktur- und Regionalfonds zu umfassenden Instrumenten der Investitionslenkung,
- die Umlenkung von „Harmonisierungsgewinnen“ (Abbau von Zoll-, Steuer-, Rechts- und anderen Schranken) in Investitionsprojekte,
- der schrittweise Ausgleich der Leistungsbilanzen im EG-Binnenverhältnis.

Eine offensive Beschäftigungs- und Investitionspolitik in der EG muß mit kontrollierten außenwirtschaftlichen Beziehungen einhergehen. Hierfür ist es entscheidend, daß die BRD von ihrem traditionellen Kurs der Exportüberschüsse, der restriktiven Finanz- und Geldpolitik und der gleichzeitigen Unterbewertung der DM abgeht *und* zum Motor für eine expansive und gleichgewichtige ökonomische Politik wird. Kontrollierte außenwirtschaftliche Beziehungen stützen sich vor allem auf folgende Faktoren:

- Systematische Stärkung der ökonomischen Kooperation mit den RGW-Staaten und mit den Entwicklungsländern (insbesondere des benachbarten afrikanischen Raumes), vor allem durch einen wachsenden Anteil langfristiger Warenhandelsabkommen und Infrastrukturprojekte bei gleichzeitigem konsequenten Schuldenabbau.
- Relative Verschiebung in den außenwirtschaftlichen Beziehungen zulasten des intra-industriellen Handels (gleichartiger Güter) mit den USA und Japan und wachsende Bindung des EG-Wirtschaftspotentials im gesamteuropäisch-afrikanischen Bereich.

— Durchsetzung eines kontrollierten Wechselkurssystems und Regulierung des Kapitalverkehrs an den Außengrenzen der EG, um sowohl spekulativen Kapitalbewegungen zu begegnen als auch eine schrittweise Herstellung realistischer Währungsverhältnisse (vor allem der sozialistischen Länder) zu erleichtern.

Allererste Grundlage für eine solidarische Entwicklung des „Gemeinsamen Hauses“ ist die Abrüstung in allen Waffenbereichen — nicht zuletzt den konventionellen — und die schrittweise Umwandlung der Militärblöcke in Strukturen der friedlichen Kooperation sowie eine entsprechende Veränderung der inneren Verhältnisse in der NATO und im Warschauer Pakt (mit der langfristigen Perspektive ihrer Auflösung). Die besondere Aufgabe der Linken in Westeuropa besteht gerade darin, den Prozeß der Abrüstung mit ihren ökonomischen Alternativen zu verknüpfen.

These 44: Die Zukunft der Arbeit

Eines der wichtigsten Ziele einer solidarischen Innovationspolitik besteht darin, die schöpferischen Potentiale der Arbeit zu entfalten und zu nutzen. Dazu müssen alle erwerbsfähigen Menschen die Möglichkeit erhalten, an der gesellschaftlich organisierten Arbeit bei humanen Arbeitsbedingungen und ausreichendem Einkommen teilzunehmen.

Erwerbsarbeit muß nicht nur als materielle Grundlage der Lebensgestaltung für alle gewährleistet werden, sondern es richten sich zunehmend auch qualitative Ansprüche an ihre Gestaltung. Die Gestaltung von Arbeit und Technik ist eine Schlüsselfrage für jedes zukunftsorientierte Konzept. In sozialistischer Perspektive geht es dabei um zweierlei: einmal um die gesellschaftliche Nützlichkeit und die Naturverträglichkeit von Produkten und Dienstleistungen, von Produktions- und Verwaltungsverfahren und zugleich um die gesellschaftliche Beherrschung von Produktions-, Verwaltungs-, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen.

Der Abbau der massenhaften Erwerbslosigkeit und die deutliche Anhebung der Frauenerwerbsquote sind die vorrangigsten Aufgaben. Lösen lassen sie sich nur, wenn auf der einen Seite die Investitionsquote erhöht und das qualitative Wachstum gefördert und auf der anderen Seite in den 90er Jahren die 30-Stunden-Woche eingeführt wird.

Um die Nachfrageseite kontinuierlich zu stärken, sind voller Lohnausgleich und die Anhebung niedriger Einkommen erforderlich. Privilegien von Beziehern höherer Einkommen müssen gleichzeitig abgebaut werden (Besoldungsstrukturen, arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Einordnung). Auf dieser Grundlage lassen sich auch die zukünftigen Probleme der Rentenfinanzierung lösen. Als Flankenschutz fordern wir eine bedarfsorientierte öffentliche Mindestsicherung.

Eine schöpferische und anspruchsvolle Entwicklung der Eigenarbeit für alle ist nur auf dieser Grundlage durchsetzbar: Denn dies erfordert auf der einen Seite mehr frei verfügbare Zeit und auf der anderen Seite höhere Vorleistungen an Gütern und Diensten aus dem Erwerbssektor, um die notwendige Reproduktionsarbeit zu verringern und anspruchsvolle Eigenleistungen möglich zu machen.

„Möglichst viele Möglichkeiten“ lassen sich unter kapitalistischen Herrschafts- und Krisenbedingungen nur dann schaffen, wenn wir an der Konzeption des Normalarbeitstages festhalten. Anderenfalls würden Zeitspielräume der Verfügungsgewalt des Kapitals und dem Konkurrenzkampf untereinander geopfert. Flexibilitäten müssen tarifvertraglich genau definiert und kontrollierbar sein.

Gleichzeitig müssen wir zweit- und drittklassigen „prekären Beschäftigungsformen“ den Kampf ansagen. Dies gilt auch für das Gros der heutigen Teilzeitarbeit. Denn sie unterläuft das Ziel des 6-Stunden-Tages bei vollem Lohnausgleich und sie begünstigt die Diskriminierung von Frauen (flexible Verschiebemasse zwischen Erwerbs- und Eigenarbeit). Teilzeitarbeit ist nur bei vollwertiger arbeits- und sozialrechtlicher Sicherung akzeptabel.

Eine moderne Arbeitszeitpolitik ist vor allem Arbeitsgestaltungs- politik: bezahlte Weiterbildungs-, Erholungs-, Kommunikations- und Mitbestimmungszeiten verbinden sich mit den Zielen, qualifizierte und integrierte Arbeitskonzepte durchzusetzen und auf allen Qualifikationsstufen und in allen Arbeitssystemen Frauenförderpläne und Quotierungen verbindlich zu machen. Die Ausdehnung der Mitbestimmung auf die Einführung und Gestaltung der neuen Technologien ist hierbei von entscheidender Bedeutung.

Bei der Gestaltung der Arbeit und der Techniksysteme geht es um Humanisierung und definierte Arbeitsbedingungen sowie möglichst ganzheitliche Arbeitsinhalte und eine breite Qualifizierung der Beschäftigten, die mit qualifikationsgemäßer und gesicherter Entlohnung verbunden sein müssen.

Die Arbeitspolitik umfaßt auch die notwendige Reproduktionsarbeit im Haushalt. Die geschlechtsmäßige Gleichverteilung muß durch ein rechtliches Rahmengerüst (z.B. bei Erziehungszeiten und gegenseitigen Realleistungsansprüchen) unterstützt werden. Dies läuft auf eine entsprechende Verzahnung von Arbeits- und Familienrecht hinaus.

In den Fabriken und Büros der Zukunft geht es um die Rücknahme betrieblicher und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Die flexible Automation kann die Rolle des Menschen stärken, wenn der Computerintegration ein qualifiziertes und gewerkschaftlich organisiertes Betriebskollektiv gegenübertritt.

Auf Dauer erfordert diese „Zukunft der Arbeit“ umfassende Regelungen in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch — als Grundlage für eine soziale Kontrolle der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Innovation.

These 45: Moderne Demokratie und Alltag

Zukunftsinvestitionen, staatliche Innovationssteuerung, schöpferische Arbeit und reichere Individualität müssen in einem Konzept gesellschaftlicher Demokratie organisch verbunden werden. Es geht um einen neuen Demokratietyp, dessen Schwergewicht in der Demokratisierung des gesellschaftlichen Alltags liegt. Dies schließt den Rückgriff auf den Rätegedanken in der proletarischen und demokratischen Bewegung ein. Es gilt, diesen Gedanken zu modernisieren und als fortgeschrittene Alternative zu überkommenen parlamentarisch-bürokratischen Verkrustungen und zur neokonservativen „Eigentümerge Demokratie“ (à la Thatcher) aufzubauen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution, die Ausweitung sozialkultureller Lebenssphären jenseits der Erwerbsarbeit und die Arbeitsteilung in einem hochgradig vergesellschafteten Kapitalismus stellen qualitativ neue Anforderungen und eröffnen ebenso qualitativ neue Chancen für einen derartigen Demokratietyp, in dem ein weiterer Gedanke der Arbeiterinnenbewegung enthalten ist: Wissen ist Macht! So ist die Entwicklung der Produktivkräfte mit sprunghaft gewachsenen Risiken und entsprechender gesellschaftlicher Verantwortung verbunden. Weitreichende Entscheidungen über Zukunftsprojekte setzen ein hohes Maß an wissenschaftlichen Erkenntnissen, an Informationen und Diskussionen voraus. Eine breite demokratisch-gesellschaftliche Kompetenz ist die unverzichtbare Ergänzung zur Pionierrolle des kapitalistischen Staates, das Gegenstück zur Macht des Monopolkapitals und die Alternative zu technokratischer Bevormundung.

Die umfangreichen ökologischen und sozialen Innovationen erfordern zugleich eine umfassende demokratische Innovation. Das wichtigste qualitative Merkmal besteht darin, Wissenschaft und Demokratie immer stärker miteinander zu verflechten. Möglichst viele Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, bestehende und neue demokratische Rechte umfassend und kompetent zu nutzen. Dazu muß der Zugriff auf Wissen und Informationen demokratisiert werden: Ausbau des öffentlichen Forschungs- und Bildungssektors, der demokratischen Netze der Beratung und des Wissenstransfers sowie der Technologie-Folgeabschätzung gehören dazu. Ein

wichtiges Element besteht im breiten Zugang zum sprunghaft angewachsenen Wissen, zu Datenbanken und Netzen, im Abbau von Informations- und Kommunikationsmonopolen gerade im elektronischen Bereich: persönlicher Datenschutz und soziale Datenöffnung sind gleichermaßen Elemente einer demokratischen EDV-Politik.

An erster Stelle steht das Ziel, demokratische bzw. gewerkschaftliche Gegenmacht in den Betrieben und Unternehmen auszubauen — von der Mitbestimmung am Arbeitsplatz über die betriebliche Mitbestimmung bei neuen Arbeits- und Techniksystemen bis zur vollen paritätischen Mitbestimmung auf Untemehmensebenen. Dazu sind umfassende wissenschaftliche Beratungs- und Informationskapazitäten erforderlich.

Auf der anderen Seite müssen die parlamentarischen Entscheidungs- und Kontrollrechte gegenüber der Verwaltung ausgebaut werden. Auch dies setzt den Ausbau von Beratungs- und Informationskapazitäten voraus. Vor allem die kommunale Demokratie und die Demokratie in den öffentlichen Einrichtungen ist auszubauen. Es geht um ihre Öffnung gegenüber Bewegungen und Initiativen, die Stärkung der Personalvertretungsrechte und die Einführung eines einheitlichen öffentlichen Dienstrechtes.

Für viele bestehende und noch zu schaffende Entscheidungs- und Planungsorgane zwischen Staat und Ökonomie müssen gesellschaftliche Räte herausgebildet werden. Ihr wesentliches Merkmal gegenüber der sogenannten parlamentarischen Kontrolle besteht in der direkten Beteiligung gewerkschaftlicher und anderer gesellschaftlicher Gruppen. Die regionalen Wirtschafts- und Sozialräte (aus Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherinnenverbänden, Unternehmen und Staat) sind aufgrund ihrer Infrastrukturaufgaben das entscheidende Verbindungsstück zwischen den verschiedenen Demokratisierungsansätzen, insbesondere zwischen den zentralen Lenkungsaufgaben und der kommunalen Demokratie, zwischen öffentlichen Einrichtungen und betrieblichen Interessenvertretungen.

Da es keinen „Königsweg“ für einen neuen Fortschritt gibt, müssen Direktentscheidungs- und Widerstandsrechte der Bevölkerung ausgebaut bzw. geschaffen werden:

Ausdehnung des Streikrechts, der Boykottmöglichkeiten und der Formen des zivilen Ungehorsams, der Möglichkeiten für Volksbefragungen und -entscheide. Auch diese „produktive Subversion“ erfordert Beratungs- und Informationskapazitäten (Informationsnetze, Wissenschaftsläden u.a.).

Dies sind Ziele einer „Alltagsdemokratie“: Wir wollen damit die immer größere Lücke schließen, die zwischen den gesellschaftlichen Herausforderungen und den persönlichen Beteiligungsmöglichkeiten klafft. Wir halten es für notwendig, die Widersprüche zwischen der Rolle des Staates und den Bevölkerungsinteressen sowie zwischen den Klassen nicht zu befrieden, sondern ihre Dynamik zu organisieren und in gesellschaftlichen Fortschritt umzusetzen.

These 46: Polytechnik und Ästhetik

Zukunftsinvestitionen, schöpferische Arbeit und gesellschaftliche Demokratie erfordern ein hohes Maß an persönlichen Kompetenzen. Sie stellen hohe Ansprüche an polytechnische und auch an ästhetische Fähigkeiten: Moderne sozialistische Politik umfaßt das Moment der demokratischen Massenbewegung ebenso wie das Moment der wissenschaftlich-technischen Spitzenleistung, fördert die demokratisch-populäre Massenkultur ebenso wie eine ästhetische Avantgarde. Das dynamische Wechselspiel dieser Elemente schafft vielfältigen kulturellen Reichtum für alle, wenn es gesellschaftlich bewußt gehandhabt wird.

Zur Qualifikationsoffensive gehört neben betrieblichen Qualifikationsmaßnahmen die Entwicklung eines öffentlich und gewerkschaftlich kontrollierten Weiterbildungssystems. Die Berufsbilder müssen zukunftsorientiert neugeordnet werden, in Verbindung mit einer Umlagefinanzierung muß eine qualitative und quantitative öf-

fentliche Steuerung der beruflichen Bildung etabliert werden, wobei die weitere Perspektive in der Entwicklung eines einheitlichen polytechnischen Bildungssystems in öffentlicher Regie liegt.

Neben den polytechnischen Qualifikationen gilt es, die ästhetisch-symbolischen Kompetenzen (vom industriellen Design bis zu Musik, Theater usw.) zu fördern. Im Sinne einer bewußten hegemonialen Herangehensweise ist es perspektivisch erforderlich,

- den Ausbau der sozialkulturellen Dienstleistungen und der polytechnischen Bildung mit einem Programm ästhetischer Erziehung und kultureller Kompetenz zu verknüpfen, das wie die Polytechnik an den gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben orientiert sein sollte.
- das Programm der Zukunftsinvestitionen auf seinen wichtigsten Feldern mit fest verankerten kulturellen Programmteilen zu versehen, also die Vorhaben auch auf diesem Wege zu begleiten und zu gestalten.
- im Rahmen der demokratischen Beteiligung die Kompetenzen von Lohnabhängigen — wie auch von Selbständigen — zu nutzen, um sich auch mit Fragen der Werbung, des Designs, der Mode usw. jenseits kommerzieller Einengungen auseinanderzusetzen.

Diese polytechnischen und ästhetischen Elemente sind als Bestandteile eines modernen Sozialstaates zu konzipieren, der Maßstäbe für die gesamte sozialkulturelle Infrastruktur setzt: durch die grundlegende Erweiterung und Modernisierung öffentlicher Freizeiteinrichtungen zu dezentralen Kommunikations- und Kulturzentren, durch einen dezentralen Aus- und Umbau des Volkshochschulwesens zu Stätten der umfassenden Fort- und Weiterbildung, durch eine bürgerinnennahe Umgestaltung der Infrastruktur des Gesundheits-, Verkehrs- und Postwesens, eine demokratische Telekommunikation, also durch den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Auf dieser Grundlage wäre es möglich, z.B. in der Stadtteilentwicklung selbstorganisierte, ehren- und nebenamtliche Initiativen ebenso einzubeziehen wie das Potential von selbstständigen Dienstleistern — und zwar nicht als Ersatz, sondern als Elemente eines öffentlich-professionellen Konzepts.

Daraus läßt sich ein Netzwerk für eine plurale und zukunftsorientierte demokratische Kulturpolitik entwickeln, die das Projekt der Zukunftsinvestitionen, der schöpferischen Arbeit und der Alltagsdemokratie, der globalen Strukturreformen und des europäischen Hauses „zum Ausdruck“ bringt, mit Phantasie und Leben erfüllt, subjektives Handeln und gesellschaftlichen Sinn zusammenbringt und nicht zuletzt zu einer modernen demokratischen und sozialistischen Lebensweise wesentliche Beiträge leistet.

These 47: Humanismus und Antifaschismus

Reaktionäre Ideologien wie der Chauvinismus und der Rassismus sind nicht nur Herrschaftsinstrumente für ökonomische und politische Eliten, sondern sind in der Form von Vorurteilen, bornierten Denkmustern und Verhaltensweisen noch immer tief im Lebensalltag der Menschen verankert. Diese diskriminierenden und menschenverachtenden Phänomene wirken auch in familiären, nachbarschaftlichen und anderen privaten Strukturen, so daß über gesetzliche Regelungen und Verbote hinaus eine tiefgreifende kulturelle Reform erforderlich ist, um sie wirksam zu bekämpfen.

Dazu muß das Prinzip der Aufklärung mit dem Kampf für die Verwirklichung der umfassenden sozialen, politischen und persönlichen Menschenrechte und dem wachsenden Bedürfnis nach kultureller Vielfalt verbunden werden.

Die angestrebte emanzipatorische Pluralität von Lebensstilen beruht darauf, daß erworbene Kompetenzen, spezifische Erfahrungen und kulturelle Ausdrucksformen verschiedener ethnischer Gruppen und Nationen sich entfalten, durchmischen und

verändern und überkommene Barrieren zwischen den Völkern bzw. entsprechende Herrschaftsstrukturen abgebaut werden.

Rassismus und Ausländerinnenfeindlichkeit, Militarismus und Gewaltverherrlichung, Nationalismus und Neofaschismus sind entschieden zu bekämpfen. Neonazistische Gruppen und Propaganda aller Art müssen gesetzlich verboten werden. Insbesondere für Jugendliche müssen antifaschistische Aufklärung, demokratische Freizeitangebote und soziale Sicherung ausgebaut werden, um dem Neofaschismus den Nährboden zu entziehen.

Gesellschaftliche Demokratie muß die wachsende ethnische Pluralität der BRD bewußt und positiv in Rechnung stellen, erst recht mit der Weiterentwicklung der EG. Die bisherigen „Ausländerinnen“ müssen in allen Bereichen in das gesellschaftliche Leben integriert werden, um es kulturell und sozial reicher und vielfältiger zu machen. Das Asylrecht ist voll zu gewährleisten, Zuwanderungs- und Arbeitsbeschränkungen sind zu beseitigen. Die Integration muß auch den politischen Bereich umfassen, wobei der Einführung des Wahlrechts für „Ausländerinnen“ eine große Bedeutung zukommt.

These 48: Antidiskriminierung und Feminisierung

Umfassende Demokratie und kulturelle Vielfalt sind unvereinbar mit systematischer Diskriminierung von Frauen und Sexismus. Eine gesellschaftliche Reformperspektive muß für die Frauen ökonomische Unabhängigkeit vom Mann und eine aufgeklärte Gesellschaft bringen, die das Geschlecht nicht als Diskriminierungsmittel, sondern als Gestaltungschance ansieht. Die selbstbestimmte Frau, die ihren Lebensweg mit Männern gleichberechtigt gestaltet, die „nur das tut, was sie tun will“, ist Ziel des emanzipatorischen Geschlechterstreits.

Ein umfassendes Antidiskriminierungs- bzw. Gleichstellungsgesetz, eine neue Bildungspolitik, Veränderungen im Erwerbs- und Reproduktionssektor und kulturelle Reformen werden diesen Weg ebnen. Von großer Bedeutung ist der kontinuierliche Zusammenschluß und die gemeinsame Politik- und Widerstandsentwicklung von Frauen als von Männern unterdrücktes Geschlecht, um die notwendige Solidarität unter den Frauen immer wieder herzustellen.

Die Gleichstellung der Geschlechter bedarf der Umstrukturierung des Erwerbssektors: Arbeit für alle bedeutet besonders die finanzielle Unabhängigkeit und mehr Entscheidungsfreiheit für die persönliche Lebensgestaltung der Frau. Lohndifferenzen wegen des Geschlechts sind zu verbieten. Arbeitsstrukturen sind so zu gestalten, daß unterschiedliche Kompetenzen von Frauen und Männern nicht zu Lohn- und Aufstiegsdiskriminierungen führen. In einem umfassenden Gleichstellungsgesetz sind v.a. verbindliche Quotierungsvorschriften sowie Maßnahmen gegen jede Form von Sexismus am Arbeitsplatz zu verankern.

Es bedarf aber weiterer Veränderungen:

Der alltägliche Sexismus, insbesondere sein brutaler Ausdruck in Gewalt gegen Frauen und Vergewaltigung, ist durch entsprechende Gesetze (Vergewaltigung in der Ehe) und Gebrauch derselben zu bekämpfen, der Schutz und die Gegenwehr von Frauen muß effektiviert werden (Frauenhäuser, Selbstverteidigungskurse in der Schule...). Das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und ihr Leben ist durch die Abschaffung des 218 zu erhöhen, desgleichen durch die Enttabuisierung von Sexualität und Verhütung. Die rechtliche und finanzielle Privilegierung der bürgerlichen Ehe durch den Staat muß beseitigt werden, andere freigewählte Lebensformen (darunter homosexuelle) müssen gleichgestellt werden.

Zur Kontrolle und Förderung frauenpolitischer Maßnahmen und zur Entwicklung neuer Ideen brauchen wir Gleichstellungsstellen/-beauftragte in Betrieben, Institutionen, Verbänden und Verwaltungen. Die öffentliche Förderung autonomer Frau-

enstruktuieren (wie Frauenhäuser, Mädchentreffs, Frauenbildungsstätten) muß ebenso ausgebaut werden wie die Frauenforschung in der Wissenschaft.

These 49: Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur

Das Projekt einer demokratisch-ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft läuft auf eine tiefgreifende Umwälzung noch innerhalb des entwickelten Kapitalismus hinaus, die zugleich die Grundlagen für eine weitergehende, sozialistische Perspektive schafft. Dieses dynamische Projekt muß in eine lebendige Architektur sozialer Bündnisse und kultureller Beziehungen eingebettet sein. Hierbei geht es um die Frage der Kräfteverhältnisse in den sozialen Kämpfen und um die Beteiligung der Individuen, der sozialen Schichten und breiten Massen an den Investitionsprojekten und Umbaumaßnahmen, an den wissenschaftlich-technischen, soziokulturellen und politisch-administrativen Leistungen. Erst durch die Verbindung von sozialer Bewegung, Programm und Phantasie wächst ein hegemoniales Konzept, das künftige Widerstände der herrschenden Klasse mit neuen Initiativen durchbrechen kann. Dieses Konzept setzt auf mehrere Faktoren:

Grundlegend ist das gewerkschaftlich-politische Zusammenwachsen von traditionellen und modernen lohnabhängigen Schichten und die Solidarität zwischen Erwerbslosen und Erwerbstätigen. Die Rolle der Gewerkschaften als organisierendes Zentrum im System der gesellschaftlichen Arbeit wird dabei immer politischer, je mehr materielle Interessenvertretung und demokratisch-ökologische Gestaltungsaufgaben im Bewußtsein der Lohnabhängigen ineinandergreifen. Die Gewerkschaften können nicht die spezifischen Gestaltungs- und Lenkungsleistungen des Staates ersetzen. Überhaupt ist die gewerkschaftliche Autonomie wichtigste Voraussetzung dafür, daß staatliche Politik dem Druck fortschrittlicher sozialer Kräfte ausgesetzt wird und eine effektive gewerkschaftliche Rolle in der demokratisch-ökologischen Modernisierung eingenommen werden kann.

Zudem wird der moderne Klassenkampf immer mehr vom Emanzipationskampf der Frauen durchdrungen. Mit der drastischen Erhöhung der Frauenerwerbsquote, der frauenorientierten Erweiterung öffentlicher Dienstleistungen, der Quotierung auf allen Qualifikationsebenen und der Gleichverteilung der Reproduktionsarbeit ist ein arbeitspolitischer Umbau größten Ausmaßes umrissen, der tiefgreifende soziokulturelle Konsequenzen enthält. Der nachhaltige Druck einer autonomen Frauenbewegung ist dafür ebenso erforderlich wie der frauenorientierte Umbau der Gewerkschaften und linken Organisationen. Das Ineinandergreifen von Feminismus und Demokratisierung stellt allerdings auch qualitativ höhere Anforderungen an eine hegemoniale feministische Politik.

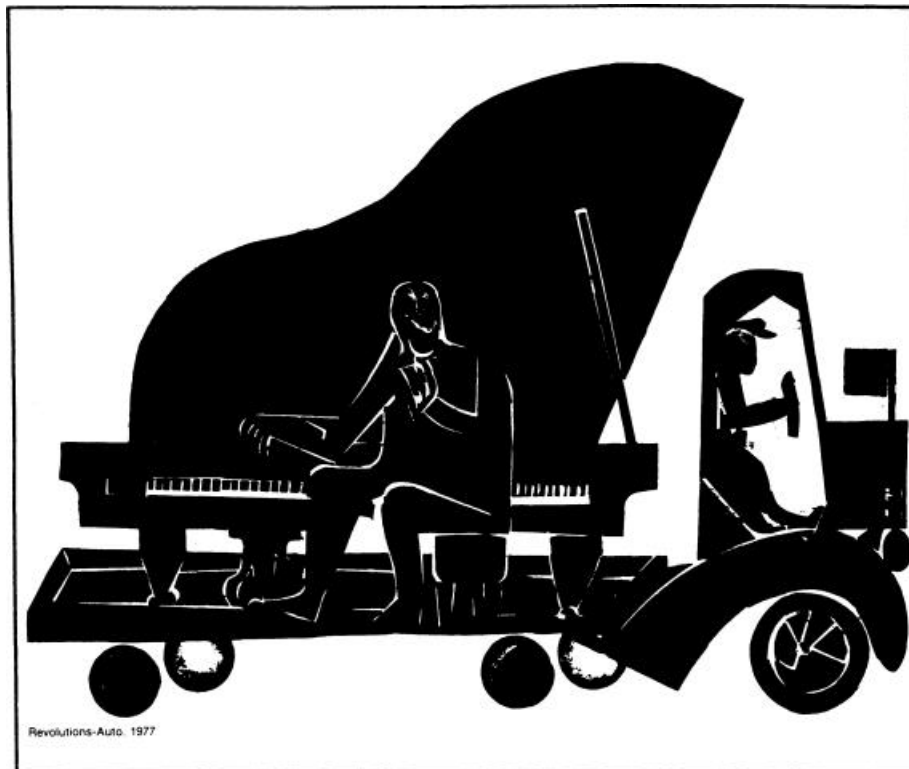
Auf der Grundlage des Klassen- und des Emanzipationskampfes der Frauen stellt das Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur die politisch-strategische Hauptaufgabe dar, um linke Hegemonie und Kompetenz aufzubauen, ohne die der Staat keine fortschrittlichen Pionierleistungen erbringen wird. Schon heute werden in den sozialen Bewegungen und Bürgerinneninitiativen vielfach Wissenschaftlerinnen und Kulturschaffende für eine fortschrittliche Politik gewonnen. Noch kleine, aber wachsende Teile der Lohnabhängigen beschäftigen sich mit ökologischen und sozialen Alternativen in Arbeit und Gesellschaft, wobei die Trennung von intellektuell-planerischer und ausführender Routinetätigkeit bewußt eingeschränkt und relativiert wird. Zudem können viele leitende Angestellte und viele Selbständige für ein demokratisch-ökologisches Modernisierungsprojekt und das Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur gewonnen werden. Es geht aber nicht einfach um das „Gewinnen von Menschen“, sondern darum, die vorgeschlagenen Projekte wissenschaftlich und kulturell zu untermauern und anzureichern, die Kompetenz und die Phantasie der Menschen dafür zu mobilisieren.

Dieses Bündnis stellt sich mit seinem umfassenden Demokratisierungsansatz in einen objektiven Gegensatz zu den Herrschaftsinteressen des Monopolkapitals und kann deshalb nur auf der Basis einer gewerkschaftlich orientierten Politik entfaltet werden. Hier liegt das soziale, Massenpolitische Fundament einer weitgefächerten

demokratischen Bündnisstruktur, die auch die Fragen der globalen Zukunft" der Frauenunterdrückung, des Rassismus, der bürokratischen Bevormundung und kulturellen Einengung umfaßt und in einem „demokratischen Programm der Aufklärung“ verarbeitet. Dies alles stellt höhere Ansprüche an das Verhältnis von Programm und Aktion, von Inhalt und Symbolik, die nur in den realen Kämpfen verdeutlicht und befriedigt werden können (und nicht auf dem Papier).

Inwieweit eine derartige „Architektur“ auf die politischen Machtstrukturen ausgreifen und in gesellschaftsverändernde Strukturreformen umgesetzt werden kann, entscheidet sich innerhalb der Sozialdemokratie, der SPD mit ihrer sozialen Verankerung und ihren gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen. Hier finden sich die strategisch bedeutsamsten Bezugspunkte für eine langfristig angelegte sozialistische Politik. Dies gilt umso mehr, als das Verhältnis von Reformismus und revolutionärem Sozialismus neu definiert und produktiv gewendet werden muß. Dadurch wird die Existenz verschiedener linker Strömungen in der BRD und in Westeuropa keineswegs in Abrede gestellt: Zusammenarbeit ist erforderlich und immer wieder gegen Ab- und Ausgrenzungsdanken durchzusetzen. Eigenständige sozialistisch orientierte Gruppen können in Aktionen und in der Theorie wichtige Anstöße für die gesamte Linke liefern. Sie sind insoweit sogar unverzichtbar, können aber die zentrale Rolle der Sozialdemokratie im modernen Kapitalismus nicht ersetzen: die politische Bündelung und Verarbeitung sozialer Bewegungen und demokratischer Initiativen. Auch der Weg zu einer demokratisch-ökologischen Modernisierung und zu einem „modernen Sozialismus“ wird nur dann eröffnet werden, wenn er in der Sozialdemokratie eine breite Verankerung und Zukunft findet.

Deshalb haben die sozialistisch orientierten Kräfte in der Sozialdemokratie auch eine große und zweifache Verantwortung: für die zukünftige Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit der Partei ebenso wie für die Rekonstruktion der sozialistischen Linken. Diese sozialistischen Kräfte haben sich historisch vor allem auf die Sozialdemokratie, auf die Grünen, auf die DKP und unabhängige Gruppen verteilt, sind in der zweiten Hälfte der 80er Jahre aber gemeinsam in eine offenkundig existenzielle Krise geraten. Nur durch eine grundlegende Modernisierung ihrer theoretischen und programmatischen Positionen, ihrer organisatorischen und publizistischen Infrastrukturen und ihrer Politikkonzepte kann eine Rekonstruktion der sozialistischen Linken in die Wege geleitet werden: durch die gemeinsame Arbeit am Projekt „Moderner Sozialismus“



3.3 Perspektiven des Sozialismus

These 50: Moderne Planwirtschaft und Selbstverwaltung

Ein entwickelter und moderner Sozialismus wäre in der Lage, die ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung planvoll und auf einem hohen Niveau zu bewältigen und voranzutreiben. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution wachsen nicht nur die Gefahrenpotentiale, sondern auch die Handlungsmöglichkeiten. Schon heute verfügen wir über die materielle und geistige Voraussetzung, um stofflich-energetische bzw. ökologische Zusammenhänge zu verstehen und großangelegte Strukturreformen in der Energieversorgung, der Umweltgestaltung, der Nahrungserzeugung, der Gesundheitsvorsorge usw. anzugehen. Mit Hilfe der modernen Informations- und Steuerungstechnologien könnten gesellschaftlich gesteuerte stofflich-energetische Kreisläufe aufgebaut werden: eine demokratische und ökologische Planwirtschaft, die erst unter entwickelten sozialistischen Bedingungen realisiert werden kann.

Wichtigste technologische Grundlage einer modernen sozialistischen Produktionsweise sind die Systemautomation und die mikroelektronisch gestützten Informations- und Kommunikationstechnologien. Unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen ermöglichen sie ein dezentralisiertes und flexibles Planungssystem. Grundlagen sind verbesserte Steuerungs-, Datenverarbeitungs- und Kommunikationsleistungen sowie entwickelte Prognose-, Variations- und Simulationsverfahren. Die aus dem realen Sozialismus bekannten Erstarrungen und Schranken des Planungssystems könnten damit leichter überwunden werden.

Grundlage ist das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, den Schlüsselindustrien, Banken und zentralen Infrastruktureinrichtungen. Marktprozesse und betriebliche Selbstverwaltung spielen eine wesentliche Rolle, ohne daß es zu den anarchischen und krisenhaften Erscheinungen des kapitalistischen Marktes kommt. Ein derartig hochentwickeltes Planungssystem wäre ökologisch und ökonomisch nicht nur wesentlich effizienter als die existierenden Modelle. Es würde auch größere Spielräume für eine umfassende demokratische

Beteiligung der Werktätigen an der volkswirtschaftlichen Planung und Lenkung und betriebswirtschaftlichen Selbstverwaltung eröffnen: Computergestützte Fertigung, Büro- und Telekommunikation ermöglichen unter sozialistischen Bedingungen inner- und zwischenbetrieblich demokratisch-kollektive Informations- und Kommunikationsstrukturen und Entscheidungsprozesse. Im Mittelpunkt des modernen Sozialismus wird daher die gesellschaftliche Selbstverwaltung und nicht die staatliche Bürokratie stehen.

These 51: Sozialistische Arbeitsweise und Persönlichkeit

Auf der Grundlage der wissenschaftlich-technischen Revolution nimmt die Bedeutung des „subjektiven Faktors“ — also der menschlichen Persönlichkeit — in einem entwickelten Sozialismus deutlich zu: Die objektiv vorhandenen Potentiale für eine demokratische, ökologisch und ökonomisch effiziente Planung und Lenkung der Volkswirtschaft und für eine umfassende gesellschaftliche Selbstverwaltung lassen sich nur verwirklichen, wenn gleichzeitig die menschlichen Fähigkeiten in der Entwicklung der Arbeit, der Bildung und der Technik auf ein höheres Niveau gehoben werden.

Grundvoraussetzung ist, daß einerseits die klassenbedingten Schranken fallen, daß also die kapitalistische Klasse aufgelöst wird und eine immer stärkere Annäherung und Verschmelzung von Arbeiterinnenklasse und Intelligenz stattfindet. Andererseits müssen die geschlechtsspezifischen Schranken fallen, was die Auflösung des Patriarchats, der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Aufspaltung zwischen männlichen und weiblichen Aneignungsweisen voraussetzt. Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution werden diese Schranken immer spürbarer. Es wachsen aber auch die Möglichkeiten, sie in einer modernen sozialistischen Perspektive zu durchbrechen.

So nehmen die Anforderungen an die Qualifikation der Werktätigen insbesondere mit der Systemautomation objektiv zu. Der kollektive und flexible Umgang mit den Fabriken und Büros der Zukunft und den großen gesellschaftlichen Herausforderungen erfordert eine breite qualifizierte Beteiligung der Werktätigen — jenseits klassen- und geschlechtsspezifischer Beschränkungen. Da es aber immer mehr möglich wird, abstumpfende und monotone Tätigkeiten der automatisierten Maschinerie zu überlassen und die qualifizierten und zunehmend auch die wissenschaftlichen Tätigkeiten auf die Beschäftigten zu verteilen, da die fortschreitende Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Entwicklung der sozialen Sicherung und der polytechnischen Bildung große Spielräume für die individuelle Entwicklung schafft, können wir diesen Anforderungen auch gerecht werden. Im Unterschied zu vorhergehenden technologischen Entwicklungsstufen eröffnet sich damit ein wesentlich breiterer subjektiver Zugang zur demokratischen Planung und Leitung der betrieblichen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse.

These 52: Solidarität und Individualität

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und die Herausbildung der menschlichen Persönlichkeit im modernen Arbeitsprozeß haben eine weitere Voraussetzung, die zugleich das eigentliche Ziel unserer Wünsche und Kämpfe ist: eine moderne sozialistische Lebensweise mit einer reichen Individualität, differenzierten Stilen und gesellschaftlicher Solidarität

Während der moderne Kapitalismus auf hohem materiell-technischem Niveau mit einer Differenzierung der Lebensstile auch materielle und psychische Verarmung, neue Formen patriarchalischer und sexistischer Diskriminierung, Entsolidarisierung und neue anonyme Herrschafts- und Kontrollformen hervorbringt, hat der reale Sozialismus unter deutlich schlechteren materiell-technischen Bedingungen das Prinzip der gesellschaftlichen Solidarität mit einer ausgeprägten bürokratischen Bevormundung, Intoleranz gegenüber „abweichendem“ Sozialverhalten und Lebensstil. Pflege bürgerlich-patriarchaler Einstellungen und häufig auch mit einer sozial-kulturellen Selbstverstümmelung verknüpft.

In Ost und West wird aber heute immer spürbarer, daß eine moderne sozialistische Lebensweise möglich wird und daß hohe und differenzierte Ansprüche an die eigene Individualität und Lebensperspektive überhaupt nicht im Widerspruch stehen zur gesellschaftlichen Solidarität, Selbstverwaltung und Lenkung. Im entwickelten Sozialismus werden zunehmend alle Normen außer Kraft gesetzt, die der Entwicklung der Individualität entgegenstehen: dies gilt für die überkommene Fabrikdisziplin ebenso wie für die überkommene Rolle der Familie. Die Freiheit der persönlichen Beziehungen, der Sexualität, des Wohnens, des Reisens, des Konsums und aller anderen denkbaren Lebensäußerungen der menschlichen Persönlichkeit werden lediglich durch den Grundsatz der Naturverträglichkeit und den Grundsatz der gesellschaftlichen Solidarität beschränkt (und damit erst auf Dauer und für alle ermöglicht).

Der moderne Sozialismus wird vor allem ein hochwertiges Netz öffentlicher Dienstleistungen entwickeln und darin selbstorganisierte und kommerzielle Formen der Bedürfnisbefriedigung einbinden. Eine Schlüsselrolle spielt das Ziel, die Unterschiede und Gegensätze zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit, Arbeits- und Lebensweise immer weiter abzubauen und schöpferische Tätigkeit real zum ersten Lebensbedürfnis der Menschen werden zu lassen (die schöpferische Muße ist hierin eingeschlossen). Die wissenschaftlich-technische Revolution läßt dieses Ziel immer greifbarer heranrücken.

These 53: Sozialistische Weltgemeinschaft

Der moderne Sozialismus ist mit der Perspektive und der realen Utopie einer solidarischen weltweiten Völkergemeinschaft verbunden. Hierbei geht es nicht darum, die sozialkulturellen Eigenarten der Völker, Nationen, und Regionen aufzuheben, sondern ihre Kulturen aufblühen zulassen und als gleichberechtigte Errungenschaften der Menschheit weiterzuentwickeln. Mit Hilfe der wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse und Möglichkeiten und des angehäuften materiellen Reichtums, mit Hilfe weltumspannender Informations- und Kommunikationsnetze und mit Hilfe internationaler Koordination, Planung und Lenkung der weltweiten ökonomischen und ökologischen Kreisläufe lassen sich großangelegte globale Projekte gegen die Unterentwicklung, ökologische Bedrohung, für die Ernährung, die Gesundheit und die Energieversorgung verwirklichen.

Grundvoraussetzung ist, daß die Menschheit von der Last des Wettrüstens und der imperialistischen Ausplünderung der sog. 3. Welt befreit wird. Erst das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben der Völker in Ost und West, Nord und Süd ermöglicht eine Vielfalt von selbstbestimmten sozialistischen Entwicklungswegen. Aufgrund der materiell-technischen Ausgangsbasis und aufgrund des historischen Entwicklungsstandes (Sozialstaat auf der einen, realer Sozialismus auf der anderen Seite) wird unserem Erdteil auch noch langfristig eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der Weltgemeinschaft und des Weltsozialismus zukommen.

Unsere Produktions-, Arbeits- und Lebensweise wird sich auch an der Solidarität mit den heutigen Entwicklungsländern orientieren müssen. Unvermeidliche Opfer zugunsten der „3. Welt“ sind erforderlich, werden aber auch durch den Kampf gegen die materielle Vergeudung und insbesondere gegen die Rüstung, durch den Zugewinn an wissenschaftlichen und kulturellen Kenntnissen und durch rationellere Strukturen des Welthandels und der internationalen Arbeitsteilung auf Dauer ausgeglichen.

Die Entwicklung gesellschaftlicher Planung und unserer schöpferischen Fähigkeiten im Rahmen eines modernen entwickelten Sozialismus ist auch und gerade für die internationale Perspektive unabweisbar. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen wir vor der Aufgabe, den sozialistischen Gedanken neu zu formulieren, ihn in konkrete Schritte und Zwischenziele zu fassen und das Bündnis mit allen Kräften zu suchen, die hierzu einen Beitrag leisten können.